

Unser Saarland von Morgen.

Leitantrag zum Saarlandtag der Jungen Union Saar am 28. August 2021.

Im folgenden Text wurde bei der Angabe von Personenbezeichnungen die männliche Form gewählt. Dies ist nicht geschlechtsspezifisch gemeint, sondern geschah ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Soweit neutrale oder männliche Bezeichnungen verwendet werden, sind hierunter Personen jeden Geschlechts zu verstehen.

I. Präambel

Mit der Landtagswahl im März 2022 stehen wir im Saarland vor wegweisenden Richtungsentscheidungen. Es wird insbesondere darum gehen, den Menschen nach dem ersehnten Ende der Corona-Pandemie Perspektiven aufzuzeigen. Wir wollen, dass das Saarland von morgen für Menschen aller Bevölkerungsschichten lebens- und liebenswert bleibt.

Es geht darum, für die Zukunft eine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu schaffen, damit junge Menschen hier eine berufliche Heimat finden. Die zentrale Frage unserer Zeit wird sein, wie wir die Arbeitswelt der Zukunft digital und nachhaltig gestalten, ohne dabei jedoch unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze vieler Menschen zu gefährden.

Das Saarland ist Industriestandort und das soll auch so bleiben. Wir müssen unseren Schlüsselindustrien Möglichkeiten bieten, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, um dauerhaft stark zu bleiben. Klimaschutz und Wirtschaftspolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen zusammen gedacht werden.

Eine erfolgreiche Zukunft beginnt bei unseren Kleinsten. Diesen müssen wir die bestmögliche Bildung bieten, ganz gleich an welcher Schule und ganz gleich welcher Abschluss. Wir müssen dabei unsere Position in der Großregion genauso nutzen wie unsere Chancen als IT-Standort.

32

33 Die Menschen im Saarland wollen hier auch in Zukunft in Sicherheit leben. Dafür braucht
34 es einen starken Rechtsstaat und vor allem Menschen, die diesen mit Leben füllen. Sicher-
35 heit bedeutet aber auch eine wohnortnahe Versorgung, ganz gleich ob Lebensmittel- oder
36 Gesundheitsversorgung. Wir wollen den Menschen wieder Lebensfreude zurückgeben. Die
37 vielen saarländischen Vereine haben in der Pandemie stark gelitten. Diese gilt es zu unter-
38 stützen.

39

40 Alle diese Punkte gilt es zu berücksichtigen. Wir wollen uns nicht mit Mittelmaß zufrie-
41 dengeben. Wir wollen, dass das Saarland Vorreiter wird, beispielsweise in Sachen Digitali-
42 sierung. Für alle diese Bereiche stellen wir als Vertreter der jungen Generation die nachfol-
43 genden Forderungen auf. **Für unser Saarland von Morgen!**

44

45

46 **II. Bildung, Hochschule und Wissenschaft**

47 Digitales Lernen und Lehren hat gerade durch die COVID-19-Pandemie einen nie da gewe-
48 senen Stellenwert erfahren. Von jetzt auf gleich sind wir von der Kreidezeit in ein neues
49 Zeitalter der digitalen Bildung gestartet. Die durch die Pandemie gewonnenen Fortschritte
50 und Erfahrungen gilt es auch in Zukunft beizubehalten.

51

52 Doch auch unabhängig von der Pandemie gilt es, bestehende Systeme zu evaluieren und
53 Konzepte vorzulegen, um der Bildung in unserem Land auch zukünftig den höchsten Stel-
54 lenwert zukommen zu lassen und das Saarland als Wissenschaftsstandort in der Großregion
55 zu stärken und auszubauen. Um dies zu gewährleisten, legt die Junge Union Saar für den
56 Bereich der Bildung, der Hochschule und der Wissenschaft folgenden 12-Punkte-Plan vor.

57

58 **1. Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung**

59 Die Junge Union Saar lässt dem Entscheidungsprozess über den weiteren Bildungsweg eine
60 bedeutende Rolle zukommen, da dieser für den Werdegang der Schüler von enormer Bedeu-
61 tung ist. Die Expertise, Objektivität und der Weitblick des Grundschullehrers sollen genutzt
62 werden, um die Schüler bei der Wahl des weiteren Bildungswegs individuell bestmöglich
63 beraten zu können. Um Losverfahren und Fehlentscheidungen bei der Wahl der

2

64 weiterführenden Schule zu vermeiden, setzen wir uns für die **Wiedereinführung der ver-**
65 **bindlichen Grundschulempfehlung** ein.

66 Bei fehlender Empfehlung soll den Schülern neben einem Testverfahren die Möglichkeit ei-
67 nes Beratungsgesprächs mit der gymnasialen Schulleitung offenstehen, um individuelle
68 Umstände besonders zu berücksichtigen. Die verbindliche Grundschulempfehlung ist zur
69 **Herstellung von Chancengleichheit** notwendig, damit alle Kinder (unabhängig ihrer Her-
70 kunft) die Möglichkeit auf eine bestmögliche, ihren persönlichen Qualifikationen entspre-
71 chende Bildung erhalten.

72

73 **2. Ein zusätzliches Lernjahr für ein starkes Abitur**

74 Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2001/2002 und der Ein-
75 führung der Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2012/2013 besteht aktuell für die Schüler
76 die Wahlfreiheit, das Abitur nach 8 Jahren auf dem achtjährigen Gymnasium oder nach 9
77 Jahren auf der Gemeinschaftsschule zu erlangen. Die Junge Union Saar begrüßt die bisheri-
78 gen Bestrebungen der CDU Saar, nach der Einführung von G8 nicht verfrüht zum alten Sys-
79 tem G9 zurückzukehren, sondern das bestehende System zunächst zu optimieren, um die
80 Systemumstellung nachhaltig evaluieren zu können.

81

82 Zum heutigen Zeitpunkt liegt die Einführung von G8 bereits 20 Jahre zurück, seit dem ersten
83 G8-Abschluss im Jahr 2009 gibt es nun seit 12 Jahren die Möglichkeit der Evaluation und es
84 tauchen immer wieder berechtigte Zweifel an diesem System auf. Die Junge Union Saar
85 misst diesem Thema höchste Wichtigkeit bei, da Bildung das höchste Gut unseres Landes
86 ist.

87

88 Um dem **Abitur** als allgemeine Hochschulreife und höchstem Schulabschluss wieder seine
89 **ursprüngliche Wertigkeit** zukommen zu lassen, muss dessen Qualität gesteigert werden.
90 Dafür bedarf es sowohl Anpassungen der Lerninhalte an die Herausforderungen unserer
91 Zeit und die der Zukunft als auch ein höheres Niveau bei den Anforderungen zum Erlangen
92 des Abiturs. Dessen kann das Abitur nur mithilfe eines **zusätzlichen Lernjahres** gerecht
93 werden. Dies bedeutet, dass ein Abitur am Gymnasium zukünftig wieder nach 9 Jahren (G9)
94 möglich sein soll.

95

96 Ein zusätzliches Lernjahr hätte allerdings ebenfalls zur Folge, dass man das Abitur an Ge-
97 meinschaftsschulen erst nach 10 Jahren erlangen würde. Um die reguläre Schullaufbahn
98 zum Erlangen des Abiturs von aktuell 8 bis 9 Jahren nicht zu überschreiten, soll das **Abitur**
99 **nur noch an Gymnasien** absolviert werden können. Um jedoch auch den Schülern der Ge-
100 meinschaftsschule das Abitur zu ermöglichen, setzen wir uns für einen **fließenden und rei-**
101 **bungslosen Übergang** nach der 10. Klasse von der **Gemeinschaftsschule zum Gymnasium**
102 bzw. zum **beruflichen Oberstufengymnasium** ein.

103

104 Die Gemeinschaftsschulen sollen dadurch gestärkt werden, dass der Fokus nun noch mehr
105 auf die einzelnen Schulabschlüsse gelegt wird. Ebenso wie beim Abitur sollen auch die an
106 der Gemeinschaftsschule angebotenen Abschlüsse sowohl inhaltlich als auch qualitativ auf
107 ein höheres Niveau gehoben werden, um jedem Schulabschluss eine hohe Wertigkeit zuzu-
108 schreiben. Die Schüler sollen dadurch auf jeden weiteren Weg – ob Berufsausbildung oder
109 Wechsel zum Gymnasium – bestmöglich vorbereitet werden.

110

111 **3. Für ein starkes dreigliedriges Schulsystem mit starken Abschlüssen**

112 Die Junge Union Saar setzt sich für ein **dreigliedriges Schulsystem** ein, das auf die deutsch-
113 landweit gängigen Abschlüsse (Hauptschulabschluss, Mittlerer Bildungsabschluss und Abi-
114 tur) ausgerichtet ist. Dieses System wird **durch die beruflichen Schulen und Förderschulen**
115 **ergänzt.**

116

117 Schüler sollen gemäß ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen, Begabungen und Nei-
118 gungen die Möglichkeit erhalten, ihrem Lerntempo entsprechend einen Abschluss erzielen
119 zu können. Die Junge Union Saar setzt sich für die **Stärkung und den Ausbau der einzelnen**
120 **Abschlüsse** ein. Hierbei ist hervorzuheben, dass nicht alle Schüler die allgemeine Hoch-
121 schulreife erlangen können und müssen. Ausbildungsberufe müssen die gleiche Wertigkeit
122 erhalten wie Berufe, für die es eines Hochschulabschlusses bedarf.

123

124 Insbesondere sprechen wir uns für die **Beibehaltung und Stärkung der dualen Ausbildung**
125 im Saarland aus. Die Anerkennung und Wertschätzung aller Abschlüsse sowie die Gleich-
126 wertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung müssen gesellschaftlich wiederherge-
127 stellt werden. Um die Ausbildungs- insbesondere Handwerksbetriebe bei der Gewinnung

128 zukünftiger Nachwuchskräfte zu unterstützen und zur Aufklärung der Möglichkeiten, die
129 Ausbildungsberufe mit sich bringen, sollen die weiterführenden Schulen in einen **regelmä-**
130 **ßigen Austausch mit den Betrieben** treten.

131 Die Idee der **Schaffung einer Einheitsschule lehnen wir strikt ab**, da einzelne Schularten
132 weder privilegiert noch benachteiligt werden dürfen.

133

134 **4. Ausbau der Freiwilligen Ganztagschulen**

135 Die Freiwillige Ganztagschule (FGTS) leistet neben der erleichterten Vereinbarkeit von Fa-
136 milie und Beruf auch pädagogisch einen wertvollen Beitrag durch die Nachmittagsbetreu-
137 ung und die darin enthaltene Hausaufgabenbetreuung. Darüber hinaus bietet die FGTS zu-
138 sätzliche Chancen durch die Verknüpfung von Betreuung, Erziehung und Bildung in den
139 Schulen vor Ort.

140

141 Neben der Qualitätssicherung in der FGTS setzt sich die Junge Union Saar für deren Erhalt
142 und Ausbau ein. Auch weiterhin muss eine **echte Wahlfreiheit** zwischen Echten (Gebunde-
143 nen) und Freiwilligen Ganztagschulen für die Schüler sowie deren Eltern im Saarland und
144 damit auch in den einzelnen Landkreisen bestehen bleiben. Die Einführung von verpflichten-
145 den Ganztagsbetreuungen lehnen wir daher ab.

146

147 **5. Inklusion in Schulen**

148 Nicht alle Kinder haben die gleichen Bedürfnisse, vielmehr brauchen sie individuelle Förde-
149 rung. Die Junge Union Saar fordert daher die Beibehaltung der **Wahlfreiheit** bei der Schul-
150 wahl im Bereich der Inklusion. Um auch Kindern, deren Eltern sich einen Regelschulplatz
151 wünschen, eine bestmögliche Förderung anzubieten, sollen auch die Regelschulen mit ent-
152 sprechenden Fördermaterialien ausgestattet werden. Zusätzlich muss auch eine ausrei-
153 chende Stundenanzahl von Förderlehrern an den Schulen gewährleistet sein. Des Weiteren
154 fordern wir einen schnelleren Fortschritt bei dem **barrierefreien Ausbau von Schulen**, um
155 einen wohnortnahen Schulbesuch von Schülern mit Handicap zu gewährleisten.

156

157 Die Inklusion in den Schulen sollte zum Schutz aller Schüler psychologisch und sozialpäda-
158 gogisch verstärkt begleitet werden, um psychischen Belastungen vorzubeugen und diese
159 schnell zu erkennen. Außerdem wird eine **individuelle Berufsberatung** in Kooperation mit

5

160 der Bundesagentur für Arbeit gefordert, um frühestmögliche Förderung der Inklusion und
161 eine Integration in den Arbeitsmarkt sicherzustellen.

162

163

164 **6. Lerninhalte weiter ausbauen**

165 Die digitale Revolution ist unbestreitbar die größte Herausforderung unseres Jahrhunderts.

166 Die kommenden Generationen werden von Anbeginn in einer Welt leben, die viel digitaler

167 ist, als wir es uns bisher vorstellen können. Diese Generationen müssen auf das Leben in

168 dieser vollends digitalisierten und KI-beeinflussten Welt vorbereitet werden. Wir fordern

169 daher eine **digitale Früherziehung bereits im Vorschulalter**.

170

171 **Digital gestützte Lehre** und der Einsatz von **fächerübergreifenden digitalen Lehr- und**

172 **Lernmethoden** sind eigentlich Hausaufgaben von gestern. Diese wurden jedoch zu lange

173 nicht angegangen und müssen nun endlich nachgeholt werden. Dieses integrative Vermitteln

174 der Nutzung digitaler Systeme wird allerdings nicht reichen, um die kommende Generation

175 zu **digital mündigen Bürgern** zu erziehen.

176

177 In einer Welt, in der immer mehr personenbezogene Daten gesammelt und verarbeitet; und

178 immer mehr datenbasierte Entscheidungen durch KI getroffen werden, reicht es nicht mehr,

179 den Schülern der Zukunft die **Anwendungskompetenz** (Bedienung digitaler Systeme) bei-

180 zubringen. Wer in einer solchen Welt selbstbestimmt leben will, muss **Methodenkompe-**

181 **tenz** erlangen, also – zumindest rudimentär – verstehen, was im Hintergrund geschieht und

182 wie digital Entscheidungen getroffen werden. Die einzige Möglichkeit, digitale Mündigkeit

183 und Methodenkompetenz für die gesamte Breite der kommenden Generationen zu errei-

184 chen, ist die **verpflichtende Einführung des Faches „Informatik“ bereits ab der 5. Klasse**

185 **für alle Schulformen**. Daher fordert die Junge Union Saar eben jene Maßnahme zur Ver-

186 mittlung von informationstechnischem Wissen unter Orientierung am „Dagstuhl-Dreieck“

187 bereits zum Schuljahr 2023/2024.

188

189 Die Junge Union Saar fordert des Weiteren, Unterricht im **Fach „Politik“ bereits ab der 6.**

190 **Klasse an Gymnasien verpflichtend** einzuführen, um das Interesse für Politik bereits bei

191 jüngeren Schülern zu entwickeln und zu fördern. An Gemeinschaftsschulen soll der

192 **politische Anteil des Fachs „Gesellschaftswissenschaften“ ausgebaut** werden. So fordern
193 wir, dass mehr **tagespolitische Themen in den Schulalltag** implementiert werden sollen,
194 um Jugendliche für Politik und somit auch für politisches Geschehen zu sensibilisieren.

195

196 Ebenso sollten die Angebote, bei denen sich Jugendliche und junge Erwachsene über die
197 Funktionen und Aufgaben, aber auch die Bedeutung des Parlaments informieren können,
198 deutlich ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür sind so genannte **Jugendpolitiktage**, bei
199 denen unter Vorgabe eines festen Rahmens die Möglichkeit besteht, das eigene politische
200 Verständnis nachhaltig aufzuwerten. Bei der Umsetzung von Projekten in diesen Fächern
201 sollen zudem Kooperationen mit landesweiten Instituten für politische Bildung stattfinden.

202

203 Das **Seminarfach**, welches in der gymnasialen Oberstufe angeboten wird, soll **inhaltlich ge-**
204 **schärft** werden. So fordert die Junge Union Saar, dass das Seminarfach in weiteren Berei-
205 chen angeboten wird, wie zum Beispiel in den Bereichen Ernährung, Mehrsprachigkeit oder
206 Digitalisierung. Einen genauen Überblick über die einzelnen Bereiche sollen sog. **Modulka-**
207 **taloge** schaffen, die vom Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes vorgegeben
208 werden und Module enthalten sollen, in deren Bereiche die Lehrkräfte dann entsprechende
209 Angebote für Seminarfächer unterbreiten können. In diesen Modulkatalogen sollen auch
210 genaue Vorgaben und Kompetenzen definiert werden, welche themenübergreifend im Se-
211 minarfach erlernt werden sollen. Damit die Schüler auch im Seminarfach bestmöglich auf
212 die allgemeine Hochschulreife vorbereitet werden, soll der Fokus auch ganz klar auf dem
213 **wissenschaftlichen Arbeiten** liegen.

214

215 Beim Thema Mehrsprachigkeit ist es uns von großer Bedeutung, dass auch der **Fremdspra-**
216 **chenunterricht gestärkt und ausgebaut** werden soll. Hierbei sprechen wir uns für die **Bei-**
217 **behaltung der Wahlfreiheit** aus. Langfristiges Ziel soll jedoch sein, dass alle Schüler – egal
218 welche Schulform sie besuchen und welchen Abschluss sie anstreben – sowohl Englisch als
219 auch Französisch erlernen.

220

221 Auch **Verbraucherbildung** – so beispielsweise das Erlernen von Grundkenntnissen im Be-
222 reich der Finanzen, Medien, Ernährung und Nachhaltigkeit – soll mehr in den Unterricht und
223 die einzelnen Fächer eingebunden und integriert werden. Außerdem soll der Lehrplan

7

224 weiter ausgebaut werden und genauere Vorgaben zu beispielsweise Leistungsnachweisen
225 geben, sowie eine genauere Themenübersicht. Zudem soll dieser – im Hinblick auf neue
226 Lerninhalte – auf den Prüfstand gestellt werden, um aktuelle Lerninhalte durch neue zu er-
227 setzen bzw. zu ergänzen.

228

229 Des Weiteren setzen wir uns für die **Einführung von Talent-Scouts** an Schulen ein. Talent-
230 Scouts sollen Schüler bei der Berufsberatung unterstützen. Sie bieten individuelle Beratung
231 losgelöst von schulischer Leistung, stattdessen fokussieren sie sich auf die Talente bzw. die
232 sogenannten „soft skills“ der Schüler. Da die Talent-Scouts in den Schulen zugegen sind,
233 kennen sie die meisten Schüler und können sich eine Einschätzung der Lehrer einholen.
234 Durch ihre pädagogische und passgenaue Beratung wird es Schülern ermöglicht, sich früh-
235 zeitig Gedanken um ihre berufliche Perspektive zu machen und den für sich passenden Weg
236 einschlagen zu können. Außerdem haben Talent-Scouts einen guten Überblick über Ausbil-
237 dungsmöglichkeiten in der örtlichen Umgebung oder können Wege der Finanzierung eines
238 Studiums aufzeigen.

239

240 **7. Schulisches Engagement**

241 Jugendpartizipation ist für die Junge Union Saar keine Selbstverständlichkeit. Wenn junge
242 Menschen ihre freie Zeit neben der Schule oder der Ausbildung in Form einer ehrenamtli-
243 chen Tätigkeit investieren, so muss dies angesehen und gewürdigt werden. Die erste Mög-
244 lichkeit für Schüler, sich ehrenamtlich aktiv an der Mitbestimmung zu beteiligen ist die
245 Schule. Die freiwillige Tätigkeit als Klassensprecher oder in der Schülervertretung stellt für
246 viele neben der schulischen Tätigkeit einen erheblichen Teil der Freizeit dar. **Als Würdigung**
247 **dieser innerschulischen Tätigkeiten sehen wir es als wichtig an, diese Tätigkeiten auf**
248 **dem Zeugnis kenntlich zu machen und besonders hervorzuheben.** Hierdurch erfährt die
249 Tätigkeit des Schülers nicht nur eine besondere Würdigung, sondern hierdurch wird auch
250 das durch das Zeugnis vermittelte Bild vervollständigt.

251

252 **8. Gewonnene Vorteile der Digitalisierung beibehalten**

253 Vor- und Nachteile der Pandemie erkennen und nutzen lernen. Dies ist der Grundsatz der
254 Jungen Union Saar in Bezug auf den Digitalisierungsfortschritt in unserer Bildungspolitik.
255 Die immer noch anhaltenden pandemischen Herausforderungen fordern uns Tag für Tag

8

256 aufs Neue. Wir als Junge Union Saar sehen in der Corona-Pandemie jedoch nicht nur das
257 Nachteilige. Besonders wichtig für uns ist, die mühsam erarbeiteten Fortschritte auch in Zu-
258 kunft in unserem Bundesland gewinnbringend beizubehalten.

259

260

261

262 a. Digitalisierung der Schulen

263 Für all diese Möglichkeiten benötigt es aber **flächendeckend** sowohl für alle Schüler als
264 auch Lehrkräfte **mobile Endgeräte** sowie eine entsprechende **digitale Ausstattung in den**
265 **Schulen**, die durch entsprechende Investitionsprogramme weiter gefördert werden sollen.

266

267 Wir fordern, dass die **schulische Oberstufe in einen regelmäßigen Austausch mit der Uni-**
268 **versität und den Hochschulen** tritt. Ebenso sollen die **weiterführenden Schulen auch mit**
269 **den Ausbildungsbetrieben in engem Austausch** stehen. So können wir vorhandenes Wis-
270 sen und Fähigkeiten vor allem in Bezug auf die digitalen Lerninhalte und praktischen An-
271 wendungen gezielter bündeln und ein Netzwerk zum Austausch schaffen. Kompetenzen bei
272 der Digitalisierung sind das A und O für den Bildungsbereich unseres Landes.

273

274 b. Digitalisierung der Hochschulen

275 Natürlich achten wir die Freiheit der Lehre und wissen, dass unterschiedliche Lerninhalte
276 verschiedene Methodik/Didaktik benötigen. Auch distanzieren wir uns klar von der Forde-
277 rung, dass ein rein digitales Studieren möglich sein muss. Keine der saarländischen Hoch-
278 schulen ist eine Fernhochschule!

279

280 Gelungene Digitalisierung kann die Lehre verbessern, gleiches gilt aber auch für gelungene
281 Präsenzveranstaltungen. Daher fordern wir – soweit dies möglich ist – den **Einsatz von hybr-**
282 **riden Lehrmodellen**. Das beinhaltet unter anderem: Materialien online zur Verfügung zu
283 stellen und Vorlesungen mit Bild und Ton zusätzlich aufzunehmen und digital zur Verfügung
284 zu stellen. Insbesondere Studenten mit nebenberuflicher Erwerbstätigkeit oder Studenten
285 mit familiären Verpflichtungen bekommen dadurch die Möglichkeit, an Vorlesungen flexi-
286 bel teilzunehmen und sie digital nachzuarbeiten. Dies ermöglicht völlig neue Perspektiven.

287

288 Wenn die saarländischen Hochschulen im direkten Vergleich der Lehre konkurrenzfähig
289 bleiben wollen, ist dieser Schritt unumgänglich. Während beispielsweise Seminare von der
290 Interaktion in Präsenz maßgeblich profitieren, kann etwa eine sehr technische Vorlesung
291 durch den Einsatz von Flipped Classrooms verbessert werden. Wir fordern alle Dozenten im
292 Saarland dazu auf, ihre eigenen Lehrmethoden kontinuierlich zu hinterfragen und diese –
293 wann immer es sinnvoll ist – durch digitale Einflüsse zu verbessern.

294

295 **9. Vernetzung und Verbesserung der Bildungs- und Lernplattformen**

296 Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass cloudbasierter Online-Unterricht ohne physische
297 Kontakte zu anderen Personen zwingende Realität geworden ist. Doch auch über die Pan-
298 demie hinaus sollten digitale Lernangebote intensiviert werden. Wir fordern daher, die
299 Schülerschaft mit den Herausforderungen nicht allein zu lassen. **Lernplattformen** müssen
300 auf dem Stand der Zeit und vor allem **standardisiert** sein. Ein Flickenteppich aus verschie-
301 denen Systemen, die nicht durch Schnittstellen kompatibel sind, ist der absolut falsche Weg.

302

303 Zudem fordern wir als Junge Union Saar die **komplette Einführung und Optimierung von**
304 **Lernplattformen** nicht nur an **allen Schulen und Schulformen**, sondern **auch an allen**
305 **Hochschulen** und der **Universität**. So kann auch nach der Pandemie auf hybride Lehrmo-
306 delle zurückgegriffen werden.

307

308 Wir fordern auch eine **Verbesserung und den Ausbau der Webkonferenz-Plattformen**.
309 Diese ermöglichen den Schülern und Studenten einen besseren Wissensaustausch auf digi-
310 talem Weg in gewohnter Klassen- und Gruppenatmosphäre. Es existieren eine Vielzahl von
311 digitalen Angeboten, beispielsweise Apps, Software oder Lehr-/ und Lernmaterialien auf
312 verschiedenen Plattformen und Websites im Internet. Während die Inhalte von Schulbü-
313 chern stets geprüft und einem gewissen didaktischen und pädagogischen Standard entspre-
314 chen, ist dies bei digitalen Angeboten im Netz nicht immer der Fall. Damit Schüler sofort
315 erkennen, ob Inhalte pädagogisch wertvoll sind und qualitativ hochwertigen Standards ent-
316 sprechen, setzen wir uns für die **Einführung eines Gütesiegels oder einer Zertifizierung**
317 **für didaktisch gute digitale Lehr/- und Lernangebote** ein.

318

319 **10. Verpflichtende Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien für alle Lehr-**
320 **kräfte**

321 Die digitale Ausstattung war und ist ein erster Schritt, um allen Schülern digitales Lernen zu
322 ermöglichen und digitale Medien gezielt in den Unterricht mit einzubeziehen. Mit der Aus-
323 stattung allein ist es jedoch nicht getan. Es bedarf auch des richtigen Umgangs mit digitalen
324 Medien. Daher fordert die Junge Union Saar **verpflichtende Fortbildungen für alle Lehr-**
325 **kräfte**, was den Umgang mit digitalen Medien anbelangt – angefangen im Lehramtsstu-
326 dium.

327
328 Hierbei soll an die individuellen Kenntnisse der Lehrkräfte angeknüpft werden. Jede Lehr-
329 kraft soll die Möglichkeit erhalten – aufbauend auf Ihrem Wissensstand – entsprechende
330 Angebote an Fortbildungen (digital als auch vor Ort) beim Landesinstitut für Pädagogik und
331 Medien (LPM) vorzufinden. Die Feststellung des individuellen Wissensstandes könnte bei-
332 spielsweise anhand einer Online-Prüfung mit so genannten Lernlevels erfolgen.

333
334 Die Lehrkräfte sollen hierbei auch in den tatsächlich genutzten Kommunikationsformen ge-
335 schult werden, damit sie in zeitgemäßer Form mit den Schülern kommunizieren können. Des
336 Weiteren sollen die Lehrkräfte im Bereich **Datenschutz und Sicherheit im Netz** geschult
337 werden, um die Gefahren und Risiken zu kennen und die erlernten Kenntnisse an die Schüler
338 weitergeben zu können.

339

340 **11. Stärkung des Lehrerberufs**

341 Um die Unterrichtsversorgung in den Schulen zu sichern, fordern wir, dass im Stellenplan
342 mehr Lehrerstellen ausgewiesen werden. Dabei gilt auch, dass benötigte Lehrkräfte zeitnah
343 verbeamtet werden und somit auch hier der Lohngerechtigkeit Rechnung getragen wird.
344 Die gängige **Befristungspraxis**, junge Lehrkräfte mit Kurzzeit-Arbeitsverträgen mit einer
345 maximalen Laufzeit von einem Schuljahr zu beschäftigen, **muss aufhören**. Gerade junge
346 Lehrer dürfen nicht durch Kettenbefristungen und kurzfristige Versetzungen demotiviert
347 werden, sondern brauchen eine langfristige Perspektive auf ein unbefristetes Arbeitsver-
348 hältnis. Nur so bleibt der Lehrerberuf im Saarland auch im Vergleich zu anderen Bundeslän-
349 dern attraktiv.

350

351 Erhöhungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sollen auch über den 01. April 2021
352 hinaus in den nächsten Jahren weiter erfolgen. Um den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten,
353 sollen **Aufstiegschancen in eine höhere Besoldungsgruppe für Lehrkräfte an allen Schul-**
354 **formen** möglich sein. Ein weiteres Handlungsfeld ist die Verringerung des Klassenteilers.

355

356 **12. Saarland als Wissenschaftsstandort sichern**

357 Die deutsch-französische Gründungsgeschichte der Universität des Saarlandes (UdS) und
358 ihre interdisziplinäre Europaforschung sind Alleinstellungsmerkmale. Gerade die Lage im
359 Herzen Europas und der Großregion ermöglicht **grenzüberschreitende und mehrspra-**
360 **chige Studiengänge** und sorgt für eine große Zahl an internationalen Studenten vor allem
361 aus Luxemburg und Frankreich. Diese Studiengänge gilt es zu erhalten und auszubauen, um
362 die Attraktivität der UdS und der weiteren Universitäten in der Großregion zu steigern. Zu-
363 dem fordern wir zur Förderung eines besseren Austauschs in der Großregion und zur At-
364 traktivierung und Unterstützung der grenzüberschreitenden Studiengänge und Lehre ein
365 **günstiges ÖPNV-Ticket der Großregion.**

366

367 Der zukunftsweisende Forschungsschwerpunkt **“NanoBioMed” der Uds** und des Universi-
368 tätsklinikums des Saarlandes (UKS) sitzt an der Schnittstelle verschiedenster naturwissen-
369 schaftlicher Disziplinen, wodurch Synergieeffekte hervorgerufen werden.

370 Dennoch besteht hier aufgrund der Abhängigkeit von einer Ausstattung, die dem aktuellen
371 sich ständig weiterentwickelnden Stand der Wissenschaft entspricht, ein großer Finanzbe-
372 darf. Zu dessen Deckung fordern wir ein **verstärktes staatliches Engagement**, ebenso for-
373 dern wir die **Bemühung um weitere Forschungseinrichtungen und Lehrstühle in diesem**
374 **Bereich.**

375

376 In diesem Zusammenhang begrüßen wir die von Bund und Land für das Helmholtz-Institut
377 für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) bereitgestellten Mittel i.H.v. 70 Mio. Euro
378 bis 2025, die unter anderem zur Erweiterung des HIPS vorgesehen sind. Auch weil dadurch
379 die Forschung am Zukunftsthema “antimikrobielle Resistenzen”, dessen Wichtigkeit die ak-
380 tuelle COVID-19-Pandemie zeigt, gestärkt wird. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns allerdings
381 nicht ausruhen, daher fordern wir, **dass sich das Land um weitere Ansiedlungen in diesem**
382 **Bereich bemüht und für eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Forschung und**

12

383 **Lehre sorgt.** Damit kann auch den Studenten des deutschlandweit hoch anerkannten Stu-
384 diengangs der Pharmazie an der UdS eine Perspektive in unserem Bundesland geboten und
385 mit der richtigen Wirtschaftsförderung hoffentlich auch die daraus resultierende Wert-
386 schöpfung im zukunftssicheren Bereich der Pharmazeutischen Industrie für unser Land ge-
387 wonnen werden.

388

389 Auch wenn die Universität des Saarlandes im Jahr 2019 erstmals nicht mit einem Exzellenz-
390 cluster bedachte wurde, so ist die **Informatik** an der UdS nach wie vor eine der absoluten
391 Topstandorte, sowohl was Lehre, als auch was Forschung im Bereich Informatik anbelangt.
392 Um bei der nächsten Förderrunde der Exzellenzinitiative erneut berücksichtigt zu werden,
393 muss sichergestellt werden, dass auch ohne Exzellenzcluster die Forschung in der Informa-
394 tik ausreichend finanziert wird, um konkurrenzfähig zu bleiben.

395

396 Daher fordern wir, dass die **Informatik** als eines der Aushängeschilder der Universität des
397 Saarlandes **in besonderem Maße gefördert und finanziert wird.** Im Allgemeinen weist die
398 Junge Union Saar der **Start-up-Förderung** eine bedeutende Rolle zu, die zu einer außeruni-
399 versitären Berufsperspektive beiträgt und das Saarland als Wissenschaftsstandort aufwer-
400 tet.

401

402 Einige **Gebäude der Universität des Saarlandes** sind in einem **maroden Zustand** und
403 schränken sowohl das studentische Leben als auch viele Lehrveranstaltungen ein, da einige
404 Gebäude nicht vollumfänglich genutzt werden können. Davon sind insbesondere sowohl die
405 Gebäude der Geistes- und Bildungswissenschaften als auch die der Medizin betroffen. Zwar
406 werden zwischenzeitlich schon entsprechende Maßnahmen getroffen, diese wurden bisher
407 jedoch noch nicht vollumfänglich angegangen, um dem **Sanierungsstau** entgegenzuwirken.
408 Wir fordern daher, dass in den Campus **mehr investiert** wird. Insbesondere sollen die im
409 Haushalt veranschlagten Gelder besser abfließen, wozu entsprechende Maßnahmen – im
410 Besonderen personell – getroffen werden müssen.

411

412

413 **III. Wirtschaft, Finanzen und Verkehr**

414 In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung und Technisierung ist es unerlässlich, sich als
415 Wirtschaftsstandort dem schnellen Wandel in Wirtschaft, Industrie und Forschung anzupas-
416 sen, in Technologien zu investieren und bürokratische Hürden abzubauen, um nicht im in-
417 ternationalen Rennen abgehängt zu werden. Ziel ist es, das Saarland als weltweiten Han-
418 delspartner attraktiver zu machen. Die Junge Union Saar fordert daher Konzepte und Inves-
419 titionen für **einen attraktiven, zukunftsfähigen und ökologischen Wirtschaftsstandort**
420 **Saarland.**

421

422 1. Wirtschaft – Innovations- und Energieland Saar

423 Es gilt das Saarland bundesweit im Bereich der erneuerbaren Energien zum Aushängeschild
424 zu machen, indem man beträchtliche **finanzielle Mittel für einen schnellen und effizien-**
425 **ten Energiewandel** bereitstellt. Ziel muss es sein, das **Land für Unternehmen und For-**
426 **schungseinrichtungen interessant zu machen** und somit einen Anreiz zur Ansiedelung zu
427 bieten. Der saarländische Strukturwandel von der Montanindustrie über die Informatik zu
428 den Zukunftstechnologien muss weitergestaltet und zukunfts- und krisenfest gemacht wer-
429 den. Dies betrifft unter anderem Schlüsselindustrien und Zulieferer im Bereich der Elektro-
430 mobilität, um dem positiven Beispiel von SVOLT zu folgen. Darüber hinaus gilt es **den Aus-**
431 **bau der vorhandenen Unternehmensstrukturen, insbesondere im Bereich der Wasser-**
432 **stoffgewinnung, voranzutreiben.**

433

434 Um den Energiewandel im Saarland voranzutreiben, ist es unumgänglich, die **CO2-schädli-**
435 **che Stahlindustrie klimafreundlicher** zu machen und durch **Investitionen in Elekt-**
436 **rohochöfen klimafreundlichen Stahl „Made in Saarland“ zu schaffen.** Als kleines und fa-
437 miliäres Bundesland haben wir aber auch eine große Verantwortung unseren regionalen,
438 saarländischen Unternehmen gegenüber. Ziel muss es sein, unsere etablierten Familienun-
439 ternehmen zu stärken und nachhaltige Investitionen zu fördern.

440

441 Dazu gehört auch eine **primäre Vergabe von Aufträgen an bzw. ein Zugehen auf saarlän-**
442 **dische Unternehmen.** Als weiterer, wichtiger Teil saarländischer Wirtschafts- und Struktur-
443 förderung fordert die Junge Union Saar den **Abbau bürokratischer Hürden für Projekte im**
444 **Wirtschaftssektor.** Die Junge Union Saar möchte dadurch vor allem einem Ausverkauf re-
445 gionaler Unternehmen durch ausländische Investoren verhindern. Insbesondere in

14

446 Krisenzeiten muss das Land eine vermittelnde Rolle spielen und Lösungsmöglichkeiten zur
447 Rettung der Eigenständigkeit bieten oder Fusionen mit anderen regionalen Unternehmen
448 (mit Übernahme der bisherigen Mitarbeiterschaft) anstreben.

449

450 Zentrales Wirtschaftsziel sollte sein: **Mittelständische Unternehmen fördern und somit**
451 **eine gesunde Unternehmensvielfalt statt Monokultur schaffen.** Als neues innovatives
452 Konzept für eine Vereinfachung handwerklicher Freizeittätigkeit durch Shared-Workplaces
453 wurde das Konzept der sogenannten **offenen Bürgerwerkstätten** entwickelt. Die Junge
454 Union Saar begrüßt diese Vision sehr und fordert eine Unterstützung der Landesregierung
455 zur schnellen und effektiven Umsetzung.

456

457 Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die **Einrichtung einer neuen Abteilung im Mi-**
458 **nisterium für Finanzen und Europa, um Behörden und Unternehmen eine Hilfestellung**
459 **im Bereich europäischer Fördermittel zu bieten.** Die Erfahrung zeigt, dass die Behörden
460 und Unternehmen hier oftmals erheblichen Hürden unterliegen. Personen mit Fachkennt-
461 nissen und dem richtigen Know-how können hier Abhilfe schaffen und somit Zeit und Auf-
462 wand bei den betreffenden Stellen einsparen.

463

464 Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist für das Saarland von existenzieller Bedeutung. Um
465 diese Thematik für die Zukunft voranzubringen, muss die **Gründerförderung** mit finanziel-
466 len Mitteln **aufgestockt** werden. So wird gewährleistet, jungen Unternehmern und Start-
467 ups eine finanzielle Basis, auf der sie aufbauen können, zu bieten.

468

469 Die Junge Union Saar fordert weiterhin unter dem Aspekt des weltweiten Klimawandels die
470 **Stärkung und Subventionierung ökologischer Versorgungsunternehmen der Region.** Zu-
471 kunftsgerichtete und nachhaltige Verkaufsmethoden wie Unverpacktläden sind hierbei zu
472 nennen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit mehr und besser recycelt wird und
473 um die Recyclingquote in Deutschland zu steigern. Außerdem soll **die Verbrennung von**
474 **nicht recyclebarem Müll besser zur Energiegewinnung genutzt werden.**

475

476 Die Junge Union Saar fordert das **Einführen eines Wirtschafts-Labels**, damit man langfris-
477 tig zu einer **nachhaltigen und vertrauensbildenden Produktion hochwertiger**

15

478 **Lebensmittel** beitragen kann. Dieses Label kann mit strengeren Standards für Tierschutz,
479 Umwelt, Gesundheit, Klima und bessere Arbeitsbedingungen mehr die Nachhaltigkeit för-
480 dern.

481

482 **2. Tourismus**

483 Der Tourismus- und Fremdenverkehr im Saarland ist eine wichtige und lukrative Wirt-
484 schaftssparte, die seit Jahren weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Es muss Ziel der
485 nächsten Jahre sein, unser schönes und so lebenswertes Bundesland für Touristen und Ur-
486 lauber aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarstaaten attraktiv zu machen.

487

488 Es gilt neben neuen **Marketing-Strategien** auch die **Kommunen in der Tourismusförde-**
489 **rung vor Ort zu unterstützen** und mit dem nötigen Budget für **Investitionen und Pflege**
490 **der touristischen Infrastruktur** auszustatten. Gerade die Kommunen sind wichtiger Motor
491 des saarländischen Tourismus und müssen als solcher auch wieder handlungsfähig sein. Es
492 kann und darf nicht sein, dass kommunal benötigte Mittel für touristische Investitionen
493 größtenteils zentral von der Tourismuszentrale Saar (TZS) gebunden und verwaltet werden
494 und nicht dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

495

496 Die Junge Union Saar fordert daher **eine Finanzspritze für die kommunale Tourismusför-**
497 **derung** sowie den Ausbau und die **Optimierung des Verkehrsnetzes im Saarland, um den**
498 **Fremdenverkehr zu erleichtern** und für Gäste aus dem Umland anziehend zu machen.
499 Hierbei ist insbesondere die geographische Lage des Saarlandes sowie die erfolgreiche Ar-
500 beit in der Großregion als Chance zu werten. Zukünftig ist die Kooperation in der Touris-
501 musbranche zwischen dem Saarland, Frankreich, Luxemburg und dem Land Rheinland-Pfalz
502 auszubauen.

503

504 **3. Finanzen**

505 Die schwarze Null ist eines der zentralen Themen unserer Generation, einhergehend damit
506 auch die Schuldenbremse. Wir müssen dafür sorgen, dass gerade in den Jahren nach der
507 Corona-Pandemie die Schuldenbremse wiedereingeführt wird – insbesondere auch, um zu-
508 künftigen Generationen durch ein kostendeckendes und zukunftsfähiges Wirtschaften eine
509 Perspektive bieten zu können. Hierfür müssen wir auch **schnellstmöglich wieder zur**

16

510 **Schwarzen Null als Investition in die Zukunft zurückkehren.** Dieses Vorgehen darf aller-
511 dings nicht auf dem Rücken der Kommunen basieren. Es müssen konkrete Konzepte erar-
512 beitet werden, welche den Kommunen trotz Schuldenbremse finanzielle Spielräume erlau-
513 ben. Das Saarland darf zukünftig kein Haushaltsnotlageland mehr sein.

514

515 Wir wollen insbesondere **klimaneutrale Haushalte entlasten.** Aus diesem Grund sollen
516 auch **die belohnt werden, die durch Umrüstung und/oder Sanierung ihren Haushalt kli-**
517 **maneutral gestalten, indem sie eine steuerliche Entlastung erhalten.** Leider sind „nach-
518 haltige“ Modernisierungen noch etwas kostspieliger als herkömmliche Anschaffungen. Hier
519 können aber Bund und Länder durch steuerliche Entlastungen Kaufanreize schaffen.

520

521 Nachhaltige Politik muss sicherstellen, dass auch die Generationen nach uns Gestaltungs-
522 spielräume haben. Daher muss eine nachhaltige Finanzpolitik den Rahmen vorgeben, die
523 eine disziplinierte Ausgabenpolitik umfasst. Das heißt: Wir müssen uns an den Einnahmen
524 orientieren, um zu wissen, was wir ausgeben können. Dazu zählt auch das Setzen von Prio-
525 ritäten, aber auch Vorsorgeelemente, wie zum Beispiel ein **Fonds zur ergänzenden Finan-**
526 **zierung der Vorsorgeelemente und Rücklagenzuführungen.**

527

528 **4. Verkehr**

529 Der Status Quo des saarländischen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist kein zu-
530 friedenstellender. Die Junge Union Saar setzt sich für eine **umgehende Generalüberholung**
531 **des ÖPNV in der Fläche und seiner Tarifstruktur** ein. Wir erachten neben den gewöhnli-
532 chen Transportmitteln (Bahn, Straßenbahn, Bus, Auto, Fahrrad und zu Fuß) verschiedene
533 alternative Möglichkeiten als zukunftsweisende und nachhaltige Lösungen für umsetzbar.

534

535 Wir setzen uns deshalb für die **Einbindung alternativer Transportmittel und Verkehrssys-**
536 **teme in die Verkehrspolitik der saarländischen Landespolitik** ein. Als Junge Union sehen
537 wir insbesondere Share-Systems als Leitprojekte einer nachhaltigen Zukunftspolitik. Ge-
538 rade der ländliche Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten von der Stilllegung verschie-
539 dener Bus- und Bahnstrecken betroffen war, weist heute Nachholbedarf bei der Nutzung
540 öffentlicher Verkehrsmittel auf. Hier können in vielen Fällen **Bürger- oder On-demand-**
541 **Busse als effiziente Lückenfüller** dienen, welche durch die **Landesregierung gerade in der**

17

542 **Startphase besonders gefördert** werden müssen. Durch den Einsatz solcher Kleinbusse,
543 kann erreicht werden, dass auch auf wenig befahrenen Strecken die Möglichkeit besteht,
544 auf ein Auto zu verzichten. Außerdem ermöglichen diese auch einen bedarfsgerechteren
545 Nahverkehr, womit das Umherfahren leerer Linienbusse verhindert werden kann. Dieses Zu-
546 kunftsprojekt sollte als App-basierte Lösung realisiert werden.

547

548 Auch nachts muss die Heimfahrt vor allem junger Menschen sichergestellt sein, weshalb wir
549 uns als Junge Union Saar dafür einsetzen, landesweit zu prüfen, ob die **Einsetzung einer**
550 **Subvention nach dem Vorbild des sogenannten Jugendtaxi des Landkreises Merzig-Wa-**
551 **dern zusätzlich zu den bestehenden Nachtbuslinien umsetzbar ist.** Durch eine solche Ver-
552 günstigung der Taxipreise für junge Menschen, kann dieses als gute Alternative, vor allem
553 für den Besuch von Festen in Nachbarorten, bei welchen die Nutzung eines Nachtbusses
554 nicht möglich ist, zu der Fahrt mit einem eigenen Fahrzeug angesehen werden.

555

556 Der von uns geforderte Wandel im Verkehrsbereich führt auch zur Erreichung unserer anvi-
557 sierten Klimaziele, insbesondere die CO₂-Reduktion im Verkehrssektor bis zum Jahr 2040.
558 Eine echte Verkehrswende erfordert eine **viel stärkere Elektrifizierung des Verkehrs.**
559 Energieeffiziente Fahrzeuge sind Ausdruck einer nachhaltigen Zukunftspolitik. Wir wissen
560 aber auch, dass das energieeffizienteste Fahrzeug jedoch das ist, welches gar nicht fährt.
561 Ziel sollte es daher sein, den **Individualverkehr** – wie im Folgenden gefordert wird – wei-
562 testgehend **auf Bus, Bahn und Fahrrad zu verlagern.** Klar ist dabei jedoch: Dieses Ziel soll
563 durch Anreize erreicht werden. Ein flächendeckendes Verbot von Individualverkehr lehnen
564 wir ab.

565

566 Zur weiteren Reduzierung des Individualverkehrs bedarf es einer **Generalüberholung des**
567 **saarländischen ÖPNV.** Die aktuelle Tarifstruktur des ÖPNVs im Saarland mit ihrem Waben-
568 system ist deutlich überholt, **wir brauchen ein einheitliches ansprechendes Tarifsystem**
569 **für das Land.**

570

571 Der aktuell modifizierte Verkehrsentwicklungsplan (VEP) des Ministeriums für Wirtschaft,
572 Arbeit, Energie und Verkehr muss nun schnellstmöglich umgesetzt und realisiert werden.
573 Einzelne im VEP aufgeführten Punkte finden bereits heute unsere Unterstützung, wie zum

18

574 Beispiel die **Reaktivierung stillgelegter, aber noch funktionsfähiger Bahntrassen**. Im VEP
575 werden einzelne Maßnahmen mit unterschiedlichen Zeithorizonten aufgeführt. Langfris-
576 tige Maßnahmen können dabei bis zu 15 Jahre andauern, bis sie von der Planung an schließ-
577 lich realisiert sind. Das dauert uns zu lange. Wenn wir einen funktionsfähigen und modernen
578 ÖPNV haben wollen, dann müssen **politisch gewollte Verbesserungsmaßnahmen im**
579 **ÖPNV zeitnah umgesetzt und beschleunigt werden.**

580

581 Zur Beschleunigung aller mit dem VEP verbundenen Verfahren und zur Darstellung der
582 Wichtigkeit des Verkehrsbereichs einer zukunftsgewandten Politik fordert die Junge Union
583 Saar die **Einrichtung eines neuen Ministeriums ab der kommenden Legislaturperiode**.
584 Das sogenannte **Nachhaltigkeitsministerium soll sich hierbei mit den großen Zukunfts-**
585 **themen Umwelt, Energie und eben insbesondere auch um den Verkehrsbereich küm-**
586 **mern.**

587

588 Wir erhoffen uns hiervon eine bürgernahe Zukunftspolitik der saarländischen Landesregie-
589 rung. Das bedeutet insbesondere, dass bei der Realisierung bzw. der Prüfung einzelner Maß-
590 nahmen des VEP die Interessen betroffener Bürger gehört werden und berücksichtigt wer-
591 den. Wir als Junge Union Saar wollen das bestehende System vom Grundsatz her überden-
592 ken: Die vorhandenen Strukturen können nur mit politischem Mut und Entschlossenheit
593 durchbrochen werden. Einfachere Strukturen sind möglich und scheinen unter Berücksich-
594 tigung der Größe unseres Bundeslandes auch angemessen. **Ein zukunftsgerichteter ÖPNV**
595 **aus einem Guss** – durch Bündelung von Zuständigkeiten insbesondere der Aufgabenträger
596 in einem „Verkehrsverbund Saar“ – ist möglich und deswegen unser Ziel. Aktuell handelt es
597 sich beim SaarVV lediglich um einen Tarifverbund, jedoch nicht um einen Verkehrsverbund.
598 Dies stellt auch die Grundlage dafür dar, dass erforderliche **Verkehrsflüsse über die Kreis-**
599 **grenzen hinweg ohne Einschränkungen** erfolgen können.

600

601 Unter neuem Dach des landesweiten Verkehrsverbundes gilt es ein neues Tarifsysteem ein-
602 zuführen. **Das Wabensystem ist in ein entfernungsabhängiges, ortsbasiertes Ringsystem**
603 **zu überführen**. Diese Ringe ließen sich beispielsweise durch eine **Staffelung der Anzahl an**
604 **Haltestellen oder auch durch ein Entfernungssystem**, ausgehend vom Einstiegsort, mo-
605 dellieren. So wäre ein dreistufiges Preissystem mit variablen Ringen aus Nahbereich,

19

606 Mittelstrecke sowie landesweitem Verkehr zum Höchstpreis denkbar. Die bisher vom Wirt-
607 schaftsministerium vorgestellten Pläne zur Entgeltreform können nur als ersten Schritt in
608 die richtige Richtung angesehen werden. Die **komplette Abschaffung des komplizierten**
609 **und im Einzelfall ungerechten Wabensystems** ist und bleibt unser Ziel.

610

611 Wir sehen eine **deutliche Vergünstigung der Fahrtickets** als zielführend an. Allem voran
612 die **Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets** (wie bereits in anderen Bundesländern) sowie
613 eines entsprechend **preisreduzierten Monatstickets für Bevölkerungsgruppen wie Schü-**
614 **ler, Studenten, Senioren und kinderreiche Familien** kann hier zu einer deutlichen Attrak-
615 tivitätssteigerung des ÖPNVs im Saarland führen. Hierbei sollte auch Studenten, welche
616 kein Semesterticket für das SaarVV-Netz besitzen, d. h. außerhalb des Saarlandes studieren,
617 die Möglichkeit gegeben werden, ein vergünstigtes Zeitticket erwerben zu können. Dies
618 würde vor allem das Absolvieren eines Praktikums im Saarland attraktiver machen, da bisher
619 ein normales Monatsticket erworben werden muss.

620

621 **a. Bahn/Zug/S-Bahn**

622 Das Verständnis zum saarländischen ÖPNV muss sich in der saarländischen Bevölkerung,
623 aber auch bei der saarländischen Verkehrspolitik umgehend wandeln. Die Junge Union Saar
624 sieht den ÖPNV als gute und nachhaltige Alternative zum viel genutzten Auto an. Hierbei
625 kommt dem Bahnverkehr eine zentrale Rolle zu. Die Bahn muss stärker in die Fläche rein,
626 das heißt: Wir brauchen eine **Ausweitung des aktuellen Streckennetzes**, das bisher die
627 Hauptstrecken zwischen Saarbrücken und Merzig über Völklingen und Saarlouis sowie zwi-
628 schen Saarbrücken über Homburg bzw. nach Neunkirchen umfasst. Nur wenige Regional-
629 bahnlagen führen in ländlichere Regionen.

630

631 Um einen modernen ÖPNV zu verwirklichen, muss es zukünftig **neue Bahnlinien geben, die**
632 **mehr ins Landesinnere bzw. an die Landesgrenzen zu Frankreich, Luxemburg und Rhein-**
633 **land-Pfalz gehen**. Außerdem ist für uns auch eine „Querverbindung“, die den Osten und
634 den Westen des Saarlandes verbindet, denkbar. Die Junge Union Saar fordert aus diesem
635 Grund die zeitnahe **Reaktivierung stillgelegter, aber funktionstüchtiger Bahnstrecken**.
636 Im aktuellen VEP wurden bereits für eine Vielzahl stillgelegter Bahnstrecken das Kosten-

637 Nutzen-Verhältnis (KNV) berechnet. Alle Strecken, die einen KNV größer als den Wert 1 ha-
638 ben, sind demnach mit einem positiven volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden.

639

640 Die Junge Union Saar sieht demnach ein großes Potential in der Reaktivierung verschiede-
641 ner Strecken, wie u. a. der Primstal- und der Rosseltalbahn. Die saarländische Landesregie-
642 rung muss die detaillierte Prüfung sowie die danach folgende bauliche Realisierung (bei der
643 die verkehrstechnische Infrastruktur bereits größtenteils noch vorhanden ist) zeitnah um-
644 setzen. Eine Reaktivierung nach 15 Jahren ist somit keine tragfähige Maßnahme, um den
645 saarländischen ÖPNV zu modernisieren und für neue Bevölkerungsgruppen attraktiv zu ma-
646 chen. Das neue Nachhaltigkeitsministerium muss das Ziel, die Bahn mehr in die Fläche zu
647 bringen, als Zentralaufgabe verstehen und die Realisierung beschleunigen. Für die Junge
648 Union Saar versteht sich die Reaktivierung verschiedener Bahntrassen aber auch als Aus-
649 weitung des bereits vorhandenen Saarbahn-Netzes.

650

651 Wir setzen uns weiterhin für eine **Zugstrecke zwischen Luxemburg und Saarbrücken** ein,
652 damit insbesondere für Pendler zwischen den beiden Ländern die Reise vereinfacht wird.
653 Die bessere Anbindung des Saarlandes nach außen durch **weitere Expresszüge** sowie nach
654 innen durch eine bessere Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten an den ÖPNV
655 sehen wir ebenfalls als weitere Schritte an, um den Umstieg der Saarländer auf den ÖPNV
656 voranzutreiben. Hierzu zählt bspw. auch eine Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Saar-
657 brücken und Frankfurt. **Das Saarland muss wieder Knotenpunkt deutschland- und euro-**
658 **paweit werden.**

659

660 **b. Bus**

661 Im neu auszurichtenden, saarländischen ÖPNV muss – wie bereits ausgeführt – die Bahn
662 mehr in die Fläche. Das Verständnis des Busangebotes muss ebenfalls modernisiert und zu-
663 kunftsorientiert ausgelegt werden. Busse müssen zukünftig mehr zu **Zulieferer und Abho-**
664 **ler zum vorhandenen Zugangebot werden.** Eine genaue Abstimmung zwischen beiden
665 Transportmitteln muss als integraler Takt abgestimmt werden. Vorrangiges Ziel ist hierbei
666 die **Reduzierung der Umstiege im ÖPNV.** Die Fahrt zwischen Wohnort im ländlichen Raum
667 zur Arbeitsstätte in der Stadt darf nicht mehr als zwei Umstiege – anzustreben ist eher einer
668 – haben.

669

670 Insbesondere die Landeshauptstadt Saarbrücken, aber auch die saarländischen Mittelstädte
671 als Arbeitszentrum vieler Saarländer, müssen über eine gesunde Taktfrequenz verfügen, die
672 nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein darf. Zur Beschleunigung und zur Umgehung von
673 Stausituationen in der Landeshauptstadt fordert die Junge Union Saar, dass **verschiedene**
674 **Buslinien in der Innenstadt neu konzipiert werden und zur besseren Streckennutzung**
675 **Trassen und Haltestellen der Saarbahn nutzen.**

676

677 Um den ÖPNV selbst bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten, bedarf es ebenfalls einer
678 **Umstellung der heute noch meist dieselbetriebenen Busse durch Elektro- oder Brenn-**
679 **stoffzellenfahrzeuge und einen korrespondierenden Ausbau der Ladeinfrastruktur.**

680

681 **c. Auto**

682 Um die Elektrifizierung des Verkehrs voranzutreiben, bedarf es schnellstmöglich der flä-
683 chendeckenden **Einrichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge** im Saarland.
684 Der Blick in andere Bundesländer, aber auch das Ausland, zeigt, dass wir hier bereits deutlich
685 weiter sein könnten.

686

687 Wir fordern daher, dass – bis auf begründete Ausnahmen – **an jedem öffentlichen Gebäude**
688 **bis Ende des Jahres 2023 öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, egal**
689 **ob Autos, Roller oder E-Bikes, vorhanden sein müssen.** Hierzu bedarf es weiterer finanzi-
690 eller Unterstützung sowie einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch
691 Land und Bund. Ergänzt werden muss dies noch durch weitere **Anreize für Privatpersonen**
692 **und Unternehmen, öffentlich zugängliche Elektroladestationen an ihren Gebäuden**
693 **bzw. auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen (z. B. Parkplätzen) zu errichten.**

694

695 Neben dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge be-
696 nötigen wir ebenfalls den gezielten Ausbau der Wasserstoffladeinfrastruktur im Saarland.
697 Hier fordern wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement als in der Vergangen-
698 heit, um die grundlegende Versorgung des Landes mit entsprechenden Tankstellen bis zum
699 Ende des Jahres 2023 sicherzustellen und damit den zukünftigen Bedarf, allen voran der In-
700 dustrie, abzudecken.

701

702 Auch in der Anschaffung von Firmen- und Dienstwägen soll es zu einem grundsätzlichen
703 Umdenken kommen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu ist es wichtig, die
704 **Anschaffung von batteriebetriebenen Dienstwägen noch stärker zu fördern und Unter-**
705 **nehmen so zur Anschaffung einer elektrobetriebenen Flotte inklusive unternehmensei-**
706 **genen Ladestationen zu bewegen.** Auch sollte die Nutzung von Fahrgemeinschaften künf-
707 tig finanziell unterstützt werden, beispielsweise durch die **Geltendmachung einer Mitfah-**
708 **rerpauschale in der Steuererklärung.** Ferner fordern wir eine **Verbesserung der Infra-**
709 **strukturen bei Park-and-Ride-Parkplätzen und die Schaffung intelligenter, digitaler und**
710 **sicherer Lösungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.**

711

712 Die Junge Union Saar fordert insbesondere die beiden Bereiche der neuen Antriebsmöglich-
713 keiten (Wasserstoff und Elektromobilität) in unserem Land zu stärken. Wir fordern Investi-
714 tionen in eine gute Infrastruktur für Elektromobilität und Wasserstoff. Dies setzt Förderun-
715 gen und Investitionen an Unternehmen voraus, die auf neue Möglichkeiten, wie die Nut-
716 zung von Wasserstoff, setzen

717

718

719

720 **d. Flughafen**

721 Wir fordern ein zeitnahes Konzept, um die Zukunftsstellung des Ensheimer Flughafens in
722 der Großregion auszuloten.

723

724 **e. Fahrrad**

725 Des Weiteren sprechen wir uns für eine Stärkung des Radverkehrs im Saarland aus. Hierfür
726 benötigen wir eine **bessere Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel** (Ganztägige
727 und kostenfreie Mitnahme des Fahrrades in Bus und Bahn), den **Ausbau und die Instand-**
728 **haltung des Radwegenetzes auf dem Land und innerhalb der Städte, eine Verbesserung**
729 **der Anbindung der überregionalen Fahrradnetze an die Bahnhöfe, die Einrichtung über-**
730 **dachter Haltestellen mit sicheren Fahrradstellplätzen und Ladestationen für E-Bikes so-**
731 **wie barrierefreie Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Bahnhöfen.**

732

733 Die JU Saar fordert, dass mehr Angebote zur Anmietung von (E-)Fahrrädern in Innenstädten
734 geschaffen werden, damit kostengünstige Alternativen für Kurzstrecken (z. B. von Halte-
735 stelle zu Haltestelle oder nach Hause) existieren. Des Weiteren spricht sich die Junge Union
736 Saar für **die Einrichtung sogenannter Fahrrad-Autobahnen** aus. Diese können einen An-
737 sporn bieten, auch mal das Rad statt dem Auto zu benutzen, da auf diesen Radwegen eine
738 schnelle und sichere Fortbewegung sichergestellt werden kann.

739

740 **f. zu Fuß**

741 Um auch der saarländischen Bevölkerung das Zurücklegen von Strecken zu Fuß attraktiver
742 zu gestalten, ist eine gut ausgestatte **Einrichtung von beleuchteten Fußgängerwegen zwi-**
743 **schon Ortschaften** vonnöten.

744

745 Die Junge Union Saar fordert zusammenfassend einen attraktiven **ÖPNV aus einem Guss**.
746 Hierbei sollen nicht Bahnangebote gegen solche des Busses ausgespielt werden – sondern:
747 Wir brauchen ein gemeinsames, zukunftsweisendes und nachhaltiges Konzept, bei dem Bus
748 und Bahn im Zentrum stehen; ergänzt durch das Auto, dessen Nutzung zukünftig reduziert
749 werden muss, in Kombination mit Rad- und Fußverkehr. Diese Aufgabe muss in einem neu
750 geschaffenen Nachhaltigkeitsministerium mit den Politikbereichen Umwelt, Energie und
751 Verkehr im Mittelpunkt aller Tätigkeiten liegen.

752

753 **IV. Digitalisierung**

754 An der Bedeutung der Digitalisierung bestehen keine Zweifel mehr. Spätestens während der
755 Corona-Pandemie hat sich herauskristallisiert, dass das Thema Digitalisierung das drän-
756 gendste unserer Zeit ist, da es *alle* anderen Frage-/Problemstellungen tangiert. Es gibt in
757 unserer heutigen Welt kaum noch Bereiche, die dem Thema Digitalisierung entfliehen kön-
758 nen.

759

760 **1. Einführung eines Digitalministeriums**

761 Die Junge Union Saar schätzt und befürwortet die von der Staatskanzlei ausgehenden Be-
762 mühungen beim Thema Digitalisierung, fordert aber noch weitergehende Maßnahmen. Wir
763 wollen, dass diesem enorm wichtigen Thema auch in der politischen Landschaft der Platz
764 eingeräumt wird, der ihm gebührt. Wir fordern die **Einrichtung eines Digitalministeriums**,

24

765 welches sich sowohl um die lange überfällige Digitalisierung unserer Verwaltung als auch
766 um die Digitalisierung unseres Landes hauptverantwortlich kümmert.

767

768 Darüber hinaus würde ein Digitalministerium die Bestrebungen des Saarlandes, sich als IT-
769 Standort "Saarvalley" zu etablieren, deutlich unterstreichen. Insbesondere, da andere Län-
770 der bereits in diesem Bereich Vorreiter sind und Ministerien für Digitalisierung eingeführt
771 haben (z. B. Bayern, NRW, Hessen), sollte das Saarland hier nicht ins Hintertreffen geraten.

772

773 2. Netzausbau

774 Was Breitbandausbau und mobilen Netzausbau – die Grundlage der Digitalisierung – an-
775 geht, herrscht im Saarland **dringender Nachholbedarf**. Durch die Anstrengungen der letz-
776 ten Jahre zum Netzausbau sind inzwischen über 97% der saarländischen Haushalte mit min-
777 destens 50Mbit/s versorgt, jedoch nur 85% mit mindestens 100Mbit/s. Lediglich **3% aller**
778 **saarländischen Haushalte** sind aktuell direkt **per Glasfaser ans Internet angeschlossen**.
779 Damit ist das Saarland bundesweites Schlusslicht, wobei auch die Bundesrepublik mit 13,8%
780 im Durchschnitt noch weit hinter dem EU-Durchschnitt (33,5%) zurückliegt.

781

782 Die aktuell zugrundeliegende technische Netzinfrastruktur (Telefonnetz aus Kupferkabeln)
783 ist trotz technischer Maßnahmen (Vectoring) in der Geschwindigkeit bereits ausgeschöpft
784 und für eine zukunftsfähige Internetversorgung in den nächsten Dekaden ungeeignet.

785 Deshalb fordern wir **schnellstmöglich und flächendeckend den saarlandweiten Ausbau**
786 **von Glasfaseranschlüssen bis zum Haus, die eine Datenübertragung von mindestens 1**
787 **Gbit/s ermöglichen**.

788

789 Der Mobilfunkbereich wurde im Saarland im vergangenen Jahrzehnt bereits recht erfolg-
790 reich ausgebaut; viele Funklöcher wurden geschlossen und schlecht versorgte Gebiete mit
791 einem modernen mobilen Netz ausgestattet. Leider gibt es besonders im ländlichen Raum
792 weiterhin schwarze Flecken. Mit der Abschaltung des 3G-Netzes dürfte sich das Problem
793 zumindest teilweise verschärfen. Deshalb fordern wir, die **neu entstehenden Lücken**
794 **schnellstmöglich zu schließen, und auch den Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G**
795 **– insbesondere auch in ländlichen Regionen – zügig voranzutreiben**.

796

797 3. Digitales Rathaus

798 Für die digitale Verwaltung in der heutigen Zeit hat die Junge Union eine klare Vision: Wir
799 wollen eine moderne Verwaltung, die (nahezu) gänzlich digitalisiert ist. Wir wünschen uns
800 **für ganz Deutschland die Einführung eines digital nutzbaren Ausweises** unter Nutzung
801 der Steuer-Identifikationsnummer als eindeutiger digitaler Kennung, welche es möglich
802 macht, **alle Behördengänge bundesweit einheitlich** zu erledigen.

803
804 Für das Saarland bedeutet das aber keinesfalls, dass wir darauf warten dürfen, bis derartige
805 Möglichkeiten vom Bund bereitgestellt werden. Wir fordern vielmehr, dass das **Saarland**
806 **hier als Pionier vorangeht**. Während ein digitaler Ausweis natürlich nicht im Alleingang
807 möglich ist, gibt es zahlreiche Maßnahmen, welche auf Landesebene angestoßen werden
808 können und womit das Saarland Vorbildfunktion übernehmen kann.

809
810 Darüber hinaus sehen wir in einer gelungenen Digitalisierung der Verwaltung einen weite-
811 ren wichtigen Aspekt: Nur, wenn das Land als Vorbild im Bereich Digitalisierung vorangeht,
812 kann auch erwartet werden, dass die Privatwirtschaft entsprechend folgt. Wir fordern von
813 der Politik und der öffentlichen Verwaltung eine **Vorbildfunktion im Bereich der Digitali-**
814 **sierung**, um unserem Anspruch als "Saarvalley" gerecht zu werden.

815

816

817

818 a. Bürokratieabbau

819 Die Digitalisierung in der saarländischen kommunalen Verwaltung beschränkt sich momen-
820 tan (wenn überhaupt vorhanden) vornehmlich darauf, Prozesse, welche zuvor manuell be-
821 arbeitet worden sind, digital in exakt der gleichen Art und Weise zu bearbeiten. Zum Teil ist
822 es paradox: Während Anträge digital gestellt werden können, müssen diese auf Seite der
823 Verwaltung weiterhin manuell behandelt werden. Digitalisierung bedeutet aber *nicht*,
824 frühere Prozesse in gleicher Weise beizubehalten und mit dem Computer zu bearbeiten,
825 sondern Prozesse schlanker, einfacher und automatisiert durchzuführen.

826

827 So kann eine Gewerbeanmeldung bspw. in Saarbrücken digital durchgeführt werden. Die
828 Bearbeitung erfolgt jedoch in gleicher Weise wie bisher und der Gewerbeschein wird

26

829 postalisch zugestellt. Wieso wird der Antrag nicht automatisiert vorgeprüft und die Anmel-
830 dung des Gewerbes im Regelfall noch am gleichen Tag per E-Mail bestätigt? Unregelmäßig-
831 keiten, welche ebenfalls automatisiert erkannt werden sollten, oder komplexe Anträge von
832 großen Unternehmen, könnten immer noch manuell nachgeprüft bzw. bearbeitet werden.
833 Neben der **Anpassung der Prozesse** muss dann auch die **Aus- und Weiterbildung der Mit-**
834 **arbeiter** vorangetrieben und die entsprechenden **technischen Voraussetzungen erfüllt**
835 werden.

836
837 Darüber hinaus müssen aber auch die Bedürfnisse der Bürger bei einer solchen Modernisie-
838 rung beachtet werden. Es ist zwingend erforderlich, **Prozesse so zu gestalten, dass sie ver-**
839 **ständlich und einfach zugänglich** sind. Bei allen Behördengängen soll nur **ein einheitliches**
840 **Autorisierungsverfahren** Anwendung finden. Aber auch andere Hürden, die sich einem bei
841 der Antragstellung entgegenstellen, müssen abgebaut werden.

842 Die zwingend notwendige Überarbeitung des Portals www.buergerdienste-saar.de stellt da-
843 bei aber nur eine vorübergehende Lösung dar.

844

845 **b. Services als Plattform**

846 Wir fordern eine **Plattform, die dem Teilhabeanspruch der Bürger ebenso gerecht wird,**
847 **wie deren Informationsanspruch.**

848 Der allen Bürgern zustehende Teilhabeanspruch an öffentlichen Leistungen kann durch
849 diese umfassend in Anspruch genommen werden, wenn der Informationsfluss gewährleistet
850 ist. Hierzu kann die Digitalisierung einen Beitrag leisten, indem Zugänglichkeit, Standardi-
851 sierung und Barrierefreiheit geschaffen und ausgebaut werden. Abweichende Außenreprä-
852 sentationen von Behörden und unterschiedliche Formulare – auch innerhalb einer Behörde
853 – erschweren Bürgern die Inanspruchnahme von Rechten und Mitteln. Wir fordern die
854 **Schaffung einer landesweiten Plattform einschließlich entsprechender „Pflege“.**

855

856 Dort sollen **Formulare jedweder Art in einheitlicher und barrierefreier Form so bereitge-**
857 **stellt werden**, dass Bürger, unabhängig davon, ob Sie selbst als Private oder als Anbieter –
858 insb. sozialer Projekte – auftreten, auf diese möglichst intuitiv zugreifen können. Es muss
859 eine transparente Struktur geschaffen werden, anhand derer insb. Bürger mit sozialen Be-
860 nachteiligungen (Sozialhilfeberechtigte, beeinträchtigte Personen etc.) nachvollziehen

27

861 können, *welche* Ansprüche ihnen zustehen und *wie* Sie diese *in Anspruch nehmen* können.
862 Gleiches muss selbstverständlich auch für andere Bevölkerungsgruppen, wie Eltern, Rent-
863 ner u.s.w. gelten.

864
865 Mittels technischer Verknüpfungen muss das „**Einmalprinzip**“ ermöglicht, also die mehrfa-
866 che Beantragung an unterschiedlichen Stellen überflüssig, werden. Auch **der Informations-**
867 **anspruch der Bürger soll gestärkt werden**, indem eine einheitliche und transparente, digi-
868 tale und öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung staatlicher Projekte sowie Projektpla-
869 nungen- und Fortschritte und die Möglichkeit zur konstruktiven Stellungnahme hierzu statt-
870 findet.

871

872 c. Technische Ausstattung & Schulung aller Mitarbeiter

873 Die Idee eines digitalen Rathauses ist maßgeblich von der technischen Ausstattung und der
874 Kompetenz der Mitarbeiter abhängig. Unser Anliegen ist daher die **Etablierung geeigneter**
875 **Schulungsmöglichkeiten für Mitarbeiter aller Hierarchiestufen und Kompetenzniveaus.**
876 Um die Akzeptanz der Mitarbeiter und die Verbindlichkeit zu den digitalen Systemen zu
877 fördern, sprechen wir uns dafür aus, **bereits bei Projektierungen und in den Projektphasen**
878 **Mitarbeiter zu beteiligen und gemeinsam eine passende digitale Lösung und Prozessab-**
879 **bildungen zu generieren.**

880

881 Um der Digitalisierung Rechnung zu tragen und alle Potenziale auszuschöpfen, ist auf die
882 **Auswahl solider und zeitgemäßer Technologien und EDV-Systeme** maßgeblich zu achten.
883 Die Vorstellung eines digitalen Rathauses besticht durch Vereinfachung und Verschlinkung
884 von Prozessen durch ein (nahezu) papierloses System mit redundanten Sicherungen, die
885 Mehrfachdatenerfassungen und -haltung überflüssig machen.

886 **Mit Einführung der Systeme soll die verpflichtende Nutzung von digitalen Lösungen und**
887 **Konzepten zur transparenten und behördenübergreifenden Bearbeitung bereitstehen**
888 und alternative Ströme (weitere Bearbeitung von Papierdokumenten) sollen ausgeschlos-
889 sen werden.

890

891 d. Technische Ausstattung als Grundlage moderner Ratsarbeit

892 In vielen Gemeinden gibt es sie schon, in einigen aber noch nicht – **Tablets für Ratsmitglie-**
893 **der.** Sie bilden, gemeinsam mit einem Ratsinformationssystem, die Grundlage gelungener
894 moderner Ratsarbeit, ohne stapelweise ausgedruckte Sitzungsvorlagen. Viele dieser Sys-
895 teme sind jedoch unübersichtlich und nicht benutzerfreundlich. Ein einheitliches System auf
896 Landesebene, das den Bedürfnissen der Ratsmitglieder gerecht wird, ist unserer Ansicht
897 nach dringend notwendig. Doch mit der Bereitstellung von Geräten und einer Plattform ist
898 es nicht getan.

899
900 Für uns gehört noch einiges mehr dazu, insbesondere ein **digitales Protokollarchiv**, und
901 zwar nicht nur für Sitzungen, deren Protokoll nach der Einführung des Informationssystems
902 ohnehin digital zur Verfügung gestellt wird, sondern **auch rückwirkend**. Viele Entscheidun-
903 gen, die getroffen werden müssen, haben ihren Ursprung in früheren Entscheidungen, die
904 für neue Ratsmitglieder nicht immer nachvollziehbar sind. Um einen verantwortungsbe-
905 wussten Umgang mit den zu treffenden Entscheidungen gewährleisten zu können, gehört
906 ein digitales Protokollarchiv daher zu den Grundlagen verständiger, informierter Ratsarbeit.
907 Hinzu kommt eine **umfassende Bereitstellung von Bebauungsplänen, Flächennutzungs-**
908 **plänen u. Ä.**, was auch nicht in allen Gemeinden der Fall ist.

909

910 e. Digitale Ratsarbeit

911 Ein hervorzuhebender Punkt ist die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger, speziell
912 bei der jungen Generation. Diese basiert jedenfalls teilweise darauf, dass auf politischer
913 Ebene Entscheidungen getroffen werden, die für politisch nicht aktive Bürger nicht nach-
914 vollziehbar sind. Eine tragende Rolle spielt hierbei die fehlende Information über die öffent-
915 liche Zugänglichkeit der Sitzungen sowie die – insb. für Berufstätige unpraktische – Not-
916 wendigkeit der persönlichen Präsenz. Um dem entgegenzuwirken ist eine **verpflichtende**
917 **Übertragung von Sitzungen per Livestream** ein einfaches, kostengünstiges und sinnvolles
918 Mittel, um mehr Transparenz und daraus folgend eine größere Akzeptanz für politische Ent-
919 scheidungen zu schaffen.

920

921 Sich in seiner Heimatgemeinde zu engagieren ist für viele junge Menschen ein wichtiges
922 Anliegen. Sich politisch zu engagieren ist allerdings immer dann schwierig, wenn man auf-
923 grund von Ausbildung oder Studium für absehbare Zeit in eine andere Stadt ziehen muss,

29

924 beruflich viel unterwegs ist oder familiäre Verpflichtungen bewerkstelligt werden müssen.
925 Der Erstwohnsitz ist dabei zwar meist in der Heimatgemeinde, politisches Engagement wird
926 allerdings in Bezug auf Ratsarbeit schwierig, da Sitzungstermine, die werktags stattfinden,
927 nicht wahrgenommen werden können. Wir sprechen uns klar gegen rein digitale Ratssitzun-
928 gen aus, fordern aber **die Möglichkeit** zu schaffen, dass **Ratssitzungen in hybrider Form**
929 stattfinden. Hierbei soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu Ratssitzungen digital
930 hinzuschalten zu können, um aktiv das Leben in seiner Heimatgemeinde mitgestalten zu
931 können.

932

933 f. Datensicherheit

934 Bei der Etablierung von Digitalisierung fordert die Junge Union Saar: **höchste Priorität für**
935 **Datensicherheit und Transparenz der Datennutzung**. Wir fordern die **Einführung des**
936 **„Einmalprinzips“, also die singuläre Speicherung von Daten**. Es muss klar zugeordnet wer-
937 den, welche Daten bei welcher Behörde gespeichert sind. Bei der Nutzung der Daten können
938 dann automatisierte Abfragen am jeweiligen Speicherort über die eindeutige ID vorgenom-
939 men werden. Darüber hinaus stellt das Einmalprinzip eine besondere Art der Datensicher-
940 heit dar: selbst wenn einzelne Behörden Opfer von Datenklau werden würden, so wären nur
941 Teile und nicht die Gesamtheit der Daten einer Person gestohlen und insbesondere in der
942 Mehrheit der Fälle keine Zuordnung von Daten auf Person möglich.

943

944 Diese Art der Datenverwaltung orientiert sich am Vorbild Estland. Nicht nur wird den Bür-
945 gern damit transparent vermittelt, wo die jeweiligen Daten gespeichert sind, sondern es bie-
946 tet durch einsehbare Log-Einträge zusätzlich Sicherheit gegen unbefugte Zugriffe und Da-
947 tenmissbrauch. Während im aktuellen, analogen Zustand nicht nur Daten ineffizient mehr-
948 fach gespeichert werden und es absolut undurchsichtig ist, wer sich im Rathaus welche Da-
949 ten angeschaut hat, wird demgegenüber durch Einmalprinzip und Datentransparenz Daten-
950 sicherheit gewährleistet. Jedem/r Bürger muss die **Möglichkeit gegeben werden Be-**
951 **schwerde einzureichen**, sofern der Verdacht des unbefugten Datenmissbrauchs besteht.
952 Zwecks Nachprüfbarkeit muss jedem/r Bürger ein **Anspruch** zustehen, **in regelmäßigem**
953 **Turnus zu überprüfen, welche Behörden wann auf welche Daten zugegriffen hat**.

954

955 Die Junge Union Saar fordert die **Konzipierung dieser digitalen Datenverwahrung unter**
956 **Einbeziehung einschlägiger Experten, wie z. B. des CISPA.** Dabei ist auch zu beachten,
957 dass es regelmäßige, nicht im Alltag zugreifbare Back-ups geben muss, die im Idealfall auf
958 Servern außerhalb der Bundesrepublik verschlüsselt in sicheren EU-Drittstaaten verwahrt
959 werden.

960

961 **4. Datenschutz – Aufklärung und Prävention**

962 Während für Schüler in Form von Workshops Aufklärungsarbeit geleistet wird, fehlt es im
963 Übrigen an ausreichender Aufklärung und Sensibilisierung. **Lehrkräften müssen klare Nut-**
964 **zungsbedingungen bzgl. altersgerechter Mediennutzung bereitgestellt werden,** damit
965 nicht in datenschutzwidriger Weise von bereitgestellten Plattformen abgewichen wird. Es
966 müssen staatliche Mittel zur Stärkung der Fachkompetenz auf Lehrerseite (Ausbau von Fort-
967 bildungsprogrammen, pädagogische Tage) und Elternseite (Elternabende) bereitgestellt
968 werden.

969

970 Das Saarland sollte es sich zur Aufgabe machen, nicht nur was technischen Fortschritt, son-
971 dern auch was mediale Kompetenz und effektive Regulierung angeht eine Vorreiterposition
972 einzunehmen. Dass es hier an Aufklärung fehlt, zeigt – trotz Grundrechtsbezugs – einerseits
973 die Ablehnung staatlicher, als sicher eingestufte Angebote (z. B. Corona-Warn-App), ande-
974 rerseits, dass undurchsichtige, überbürokratisierte privatrechtliche Richtlinien „blind“ ak-
975 zeptiert werden.

976

977 Während der Datenschutz in bundesweiten Medien regelmäßig durch Bußgelder auf sich
978 aufmerksam macht, macht es sich das Unabhängige Datenschutzzentrum des Saarlandes
979 explizit zur Aufgabe, präventiv tätig zu werden und unterstützt durch konkrete Vorgaben
980 und Anleitungen u. A. mit der EU-DSGVO überforderte Vereine. Da im Saarland nur 21 Mit-
981 arbeiter für das gesamte Tätigkeitsfeld zu Verfügung stehen (selbst Bremen hat trotz feh-
982 lender Kommunen 27), verbleiben neben der Aufsichtsarbeit kaum Ressourcen für präven-
983 tive Angebote. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit könnte, z. B. in Form einer „Tour durch
984 die Landkreise“ (Sensibilisierung bzgl. Datenabfragen, onlinebasierten Betrugs-Maschen
985 etc.) stattfinden.

986

987 **5. Zentrales Förderwerk**

988 Das CISPA in Saarbrücken ist im Jahr 2020 zur weltweit führenden Forschungseinrichtung
989 im Bereich der Cybersicherheit gewählt worden – eine herausragende Auszeichnung für un-
990 ser kleines Bundesland. Es gilt daran anzuknüpfen und die dadurch geschaffenen Möglich-
991 keiten zu nutzen, indem man den **Ausbau und die Finanzierung der künstlichen Intelli-**
992 **genz und der Informatik vorantreibt und Start-ups aus der ganzen Welt, ohne großen**
993 **bürokratischen Aufwand, rund um die Universität des Saarlandes ansiedelt.** Ziel sollte
994 ein „Saarvalley“ als weltweites Aushängeschild werden.

995
996 Beim Thema Zukunft des Saarlandes als bedeutender IT-Standort („Saarvalley“) stellt das
997 Thema Start-ups & Neugründungen einen wesentlichen Baustein dar. Es gibt zahlreiche
998 Player im Saarland, welche Start-ups im technologischen Bereich fördern und in der Förder-
999 phase begleiten (u. A.: saaris, KWT / WuT, IT Inkubator, Fase15, Startup House, ...). Die
1000 schiere Zahl der Organisationen, die sich in diesem Bereich beteiligen, stellt sowohl die Be-
1001 deutung dieses Sektors für das Saarland und die Stärke der saarländischen IT-Wirtschaft
1002 heraus, stellt aber zugleich eine der größten Herausforderungen beim Thema Neugründun-
1003 gen dar: Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht! Nicht nur, dass es für (angehende)
1004 Gründer nahezu unmöglich ist, hier den Überblick zu behalten und zu entscheiden, welche
1005 Organisation für das eigene Vorhaben die Beste ist, auch die Anforderungen und organisa-
1006 torischen Abläufe sind gänzlich verschieden.

1007
1008 Die Junge Union Saar begrüßt daher das Vorgehen der Landesregierung, all diese Player in
1009 einer Dachgesellschaft zusammenzufassen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, der
1010 aber nicht weit genug geht: Wir fordern, **zumindest alle staatlichen Organisationen zu-**
1011 **sammen zu fassen.** Wir sehen darin folgende Vorteile:

- 1012 1. Bessere Übersichtlichkeit über die bestehenden Möglichkeiten für Gründer,
- 1013 2. Einheitliche Anforderungen und Organisation,
- 1014 3. Schlankere, zusammengefasste Verwaltung und damit weniger nötige Kosten für die
1015 Verwaltung und
- 1016 4. Ein einheitliches Konzept zur Förderung von Unternehmensgründungen.

1017

1018 Im Schritt dieser Vereinheitlichung empfinden wir es als unglaublich wichtig, dass für Un-
1019 ternehmen, welche bereits erste Schritte mit geringem Kapital gegangen sind und ihre prin-
1020 zipielle Marktfähigkeit bewiesen haben, **Venture Kapital zur Verfügung gestellt wird**. Da-
1021 mit erhoffen wir uns, aussichtsreichen Unternehmen mit Wachstumspotenzial zu zügiger
1022 Expansion verhelfen zu können und so national & global Player im Saarland zu verankern.

1023

1024 **6. Anlaufstelle für Unternehmen zur Digitalisierungsberatung**

1025 Aktuell haben insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe mit der Problematik zu
1026 kämpfen, dass finanzielle Anreizsysteme (z. B. DigitalStarter Saarland) für die Einführung
1027 digitaler Lösungen zu eindimensional sind und nicht den Kern des Problems erfassen.

1028 Unserer Meinung nach ist die **finanzielle Förderung von Maßnahmen nur in Kombination**
1029 **mit einer kostenfreien, professionellen und staatlich organisierten zentralen Digitali-**
1030 **sierungsberatung sinnvoll.**

1031

1032 Ziel der Maßnahmen muss es sein, ein grundlegendes Verständnis für digitale Prozesse und
1033 Lösungen zu etablieren und die Maßnahmen zielgerichtet auf das jeweilige Unternehmen
1034 und dessen Prozessabläufe abzustimmen. Hierfür sollen **kostenfreie Beratungen und Prä-**
1035 **senzbegehungen für KMU angeboten werden**, die zu disruptiven und konstruktiven Ge-
1036 schäftsmodellbewertungen anregen und mögliche Lösungen aufzeigen sollen. Eine weiter-
1037 führende Verzahnung zum Dachförderwerk ist nach Meinung der Jungen Union Saar sinn-
1038 voll, um Start-ups und KMU zusammenzubringen und u.U. Synergien zu generieren. Vor die-
1039 sem Hintergrund sprechen wir uns für die **Durchführung von Reverse-Pitch-Events** aus,
1040 die durch die Anlaufstelle zur Digitalisierungsberatung, organisiert und moderiert werden.

1041

1042 **7. Besondere Förderung von Wissenstransfers der Hochschulen in die Industrie**

1043 Insbesondere im Bereich *Informatik* ist im Saarland exzellente Forschung angesiedelt. Mit
1044 dem DFKI und dem schon zuvor erwähnten CISPA haben auch renommierte Forschungsin-
1045 stitute ihren Sitz im Saarland. Damit die Industrie und das Saarland entsprechend profitie-
1046 ren **reicht es allerdings nicht, die exzellente Forschung an der Universität zu belassen!**
1047 **Diese muss in die saarländische Privatwirtschaft hineingetragen werden.**

1048

1049 Im Rahmen der Dachgesellschaft/der geforderten Vereinigung der Organisationen der
1050 Start-up Förderung fordert die Junge Union Saar daher, insbesondere Unternehmen, welche
1051 einen solchen Wissenstransfer leisten, nicht nur vereinfacht, sondern auch in besonderem
1052 Maße zu fördern.

1053
1054 Um eine solche Förderung unkompliziert ins Leben rufen zu können sollten auch vermehrt
1055 saarländische Kooperationsprogramme mit Lehrstühlen & Unternehmen auf den Weg ge-
1056 bracht werden. Diese sollen sich insbesondere an Masterstudenten oder Doktoranden in der
1057 Endphase ihres Studiums richten & unkompliziert die Möglichkeit geben, einen lückenlosen
1058 Übergang von Forschung in Wirtschaft zu ermöglichen.

1059

1060 **8. Smart City**

1061 **Die Daseinsvorsorge stellt eine wichtige Dimension der lokalen Lebensqualität dar.** Der
1062 ländliche Raum ist zunehmend geprägt von demografischem Wandel, Bevölkerungsrück-
1063 gang und einer damit einhergehenden Strukturschwäche. Erschwert durch jahrzehntelange
1064 wirtschaftliche Abwanderung, ist eine Grundversorgung im ländlichen Raum teils nicht
1065 mehr gewährleistet. Mangels wirtschaftlicher Anreize durch die Kommunen oder der Kauf-
1066 kraft in den Orten, lohnt es sich für kleine Unternehmen oft nicht, sich im ländlichen Raum
1067 zu halten bzw. anzusiedeln; gleichzeitig fehlt die Finanzausstattung auf Seiten der Kommu-
1068 nen, eine Förderung einzurichten. Gemeinsam können Konzepte entwickelt werden, deren
1069 marktwirtschaftliche Umsetzung – unterstützt durch neue Technologien – in der Verant-
1070 wortung der Unternehmen liegt, um langfristig eine Versorgung auch kleinerer Dörfer zu
1071 ermöglichen.

1072

1073 Um eine effektive Grundversorgung auch im ländlichen Raum gewährleisten zu können,
1074 müssen insbesondere Läden des täglichen Bedarfs oder kleinere lokale Dienstleistungsbe-
1075 triebe unterstützt und in einem Konzept zusammengeführt werden. Wir fordern, die **ländli-**
1076 **che Strukturentwicklung kritisch zu hinterfragen und Ressourcen bereitzustellen, mit-**
1077 **tels derer nachhaltige digitale (Versorgungs-)Systeme geschaffen und im Sinne einer**
1078 **gemeinschaftlichen Lösung ausgebaut werden können.** Denn durch digitale Systeme kön-
1079 nen verschiedene Facetten der wohnortnahen Grundversorgung sichergestellt werden.

1080

1081 Neben einem **überkommunalen Wissensaustausch bzw. der Kollaboration**, soll über die
1082 bereitzustellenden Ressourcen eine **digitale Plattform aufgebaut/ ausgebaut werden**, mit
1083 dem Ziel ein ausgewogenes Mittel zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen. Ziel für
1084 alle Bürger soll es sein, **barrierefrei** und direkt einen **Zugriff zu Leistungen** (Waren des täg-
1085 lichen Bedarfs, Dienstleistungen) zu erlangen. Bestandteil der Forderung ist ebenso der **ge-**
1086 **bündelte smarte und CO2-effiziente Weg der Lieferkette** bzw. der Empfang der Ware an
1087 einem zentralen Ort, um die soziale Gemeinschaft zu stärken und dem Dorfleben eine neue
1088 Mitte zu geben.

1089

1090

1091 **V. Umwelt, ländlicher Raum und Energie**

1092 **1. Klimaneutrales Saarland 2040**

1093 Wir fordern, dass das Saarland die Chancen, die sich durch den Wandel in der Industrie und
1094 auch bei der Energiegewinnung ergeben, nutzt. Hierzuzählt vor allem auch die Schaffung
1095 neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Wir wollen die ökologische Wende unter Berücksich-
1096 tigung der sozialen Aspekte vollziehen. Wir wollen das Klima schützen und gleichzeitig den
1097 Wohlstand unseres Landes nicht nur erhalten, sondern auch mehren. Unter all diesen Ge-
1098 sichtspunkten fordern wir ein klimaneutrales und wirtschaftlich attraktives Saarland im
1099 Jahre 2040.

1100

1101 Um Europa, Deutschland und damit auch das Saarland klimaneutral umzugestalten, führt
1102 kein Weg an dem Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbei. Hierzu wollen wir, dass der
1103 Anteil von Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Saarland bis zum Jahre 2040
1104 100% betragen wird.

1105

1106 **2. Ausbau der Erneuerbaren Energien**

1107 Als Technologien mit dem größten Potential für das Saarland sehen wir die Photovoltaik in
1108 Form von Dach- und Freiflächenanlagen, explizit auch die Agro-Photovoltaik, sowie die
1109 Windkraft an. Um den Ausbau angemessen wie auch ambitioniert voranzutreiben, sind Rah-
1110 menbedingungen auf Bundesebene durch landesspezifische Regelungen zu ergänzen.

1111 Wir setzen uns daher für eine **Verdopplung des bundesweiten Ausbauziels für Photovol-**
1112 **taikanlagen auf rund 10 GW pro Jahr ein**. Dies würde sich unmittelbar positiv auf den

35

1113 Zubau im Saarland auswirken. Nur mit einem ambitionierten Ausbau wird die junge Gene-
1114 ration in einer ihr gerechten, sauberen Energieversorgung aufwachsen.

1115

1116 **Mit Wirkung zum Jahr 2023 wollen wir eine Solarpflicht für alle Neubauten in der Lan-**
1117 **desbauordnung festzuschreiben lassen.** Dies soll für alle öffentlichen, sowie gewerblichen
1118 und private Gebäude gelten und durch die Zurverfügungstellung entsprechender Subven-
1119 tionen sozialverträglich gestaltet werden. Die Pflicht zur Errichtung einer Anlage soll dort
1120 entfallen, wo sich eine Anlage aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. nur kleine Anlage möglich
1121 oder schattige Lage) nicht rechnet. Die Mindestanlagenleistung ist anhand des Stromver-
1122 brauches sowie des wirtschaftlichen Aufwands zu berechnen.

1123

1124 3. Abschaffung Umlage und Bürokratie

1125 Um das Potential erneuerbarer Energieerzeugung stärker nutzen zu können, müssen drin-
1126 gend bürokratische Hemmnisse und Umlagen reduziert werden. Die **Junge Union fordert,**
1127 **dass der Eigenverbrauch von Solarstrom nicht weiter mit Umlagen belastet wird, dazu**
1128 **soll eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht werde.** Die aktuelle Erhe-
1129 bung einer Umlage auf selbst verbrauchten Strom nach dem EEG hemmt den Ausbau der
1130 Erneuerbaren Energien und ist daher abzuschaffen. Dies gilt ebenso für jede Form der Spei-
1131 cherung wie Lithium-Ionen-Speicher oder Power-to-X Verfahren sowie für die Stromliefe-
1132 rung an Dritte. Explizit ist hier auch die Wasserstoffproduktion zu erwähnen, die von der
1133 EEG-Umlage befreit sein muss. Nur durch die Entlastung von Abgaben kann diese Technik
1134 schnell vorgebracht werden.

1135

1136 4. Beteiligungsmöglichkeiten

1137 Darüber hinaus sehen wir in der Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit von Bürgern einen
1138 notwendigen Schritt, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. **Bürger und Kommunen müssen**
1139 **finanziell stärker an den Gewinnen der Windkraftanlagen bei ihnen vor Ort beteiligt**
1140 **werden.** Ein wichtiger Baustein hierzu sind Bürgerenergiegenossenschaften, deren Einbin-
1141 dung in Projekte wünschenswert ist.

1142

1143 5. Industrie

1144 Die Stahlproduktion trägt mit einem erheblichen Anteil am saarländischen CO₂-Ausstoß
1145 bei. Dabei gibt es hier große Ansatzmöglichkeiten, diesen zu reduzieren. Das Saarland muss
1146 beim Thema **klimafreundlicher Stahl europäischer Vorreiter werden**. Durch die neuen in-
1147 novativen Hochöfen, welche mit Hilfe von Wasserstoff betrieben werden, werden die CO₂-
1148 Werte künftig spürbar sinken.

1149

1150 Daher fordert die Junge Union, die Idee des Elektrostahlofens zu prüfen und diese umzuset-
1151 zen. Die dafür notwendigen rund 1 Mrd. Euro Investitionsmittel sollen durch entsprechende
1152 Fördermaßnahmen des Bundes kompensiert werden. Solche Investitionen in die Zukunft
1153 müssen auch langfristig wirtschaftlich rentabel sein. Damit der Wettbewerb gerade in der
1154 weltweiten Stahlbranche fair bleibt, muss hier europäisch gehandelt werden. Die Einfüh-
1155 rung eines europäischen Klimaschutz-Zolls ist unausweichlich, damit der europäische Markt
1156 nicht von billigem, klimaschädlich produziertem Stahl überschwemmt wird. Daher fordert
1157 die Junge Union Saar die Landesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene weiter für
1158 die Einführung einer CO₂ -Grenzabgabe auf Stahlimporte einzusetzen, um die Wettbe-
1159 werbsfähigkeit von saarländischem grünem Stahl sicherzustellen.

1160

1161 Die Stahlindustrie prägt die DNA vieler Saarländer und hat daher ein besonderes Augen-
1162 merk verdient. Gerade in der **Stahlindustrie** steht „**Made in Saarland**“ für höchste Qualität.
1163 Zusätzlich soll es aus unserer Sicht zukünftig auch das Siegel für eine besonders nachhaltige
1164 Produktion sein. Wasserstoff liefert dann einen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung,
1165 wenn er grün ist. D. h. er muss mit Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden sein.
1166 Da grüner Wasserstoff nicht im Überfluss vorhanden sein wird, ist ein gezielter Einsatz not-
1167 wendig. Dort, wo die hohe Energiedichte eines flüssigen Brennstoffes nicht benötigt wird,
1168 sollten effizientere Lösungen (Li-Ionen Batterien) zum Einsatz zu kommen, bspw. im Indivi-
1169 dualverkehr, im Nahverkehr, zu netzdienlichen Zwecken und zur Eigenverbrauchsoptimie-
1170 rung. Wir brauchen Wasserstoff vor allem auch dort, wo sehr hohe Strommengen gefragt
1171 sind, d. h. in der Industrie und im Fernverkehr.

1172

1173 Daher fordert die Junge Union Saar, Investitionen für **Forschung und Entwicklung** vor allem
1174 in den Bereichen **Industrie und Fernverkehr** zu tätigen und nicht im Bereich des

1175 Individualverkehrs. Neben der Forschung setzt die Junge Union auf den **Ausbau eines Was-**
1176 **serstoffnetzes für Industrieunternehmen.**

1177

1178

1179 **6. Schule**

1180 Die Kompetenzvermittlung im Bereich "Nachhaltige Entwicklung" muss ein signifikanter Be-
1181 standteil in der Schulbildung von Kindern und Jugendlichen sein. Es ist wichtig, ein ausge-
1182prägtes nachhaltiges Wissen zu erlangen, um bereits im frühestens Alter auf die Bedeutung
1183 der Umwelt und ihren Schutz aufmerksam zu machen und die späteren Ingenieure zu befeu-
1184 ern, die in Deutschland die Technologien der Zukunft zu entwickeln. Daher fordert die Junge
1185 Union, das Projekt "Schule der Nachhaltigkeit", welches die Landesregierung im letzten Ko-
1186 alitionsvertrag beschlossen hat, auszubauen und zukunftsweisend auch auf andere Bereiche
1187 wie KiTas und Universitäten auszudehnen.

1188

1189 **7. Wald- und Forstwirtschaft**

1190 Der Wald eine wichtige Kohlenstoffsенке, jedoch befinden sich unsere Wälder in den letzten
1191 Jahren durch Stürme, Dürren und Schädlingsbefall in einer Krise. Auch die Folgen des Klima-
1192 wandels stellen Gefahren für unseren Wald da. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass
1193 unser Wald zukunftsfähig bleibt, die Folgen des Klimawandels übersteht und weiterhin als
1194 Kohlenstoffsенке agiert. **Dazu benötigt es Experten, die sich mit dem Wald vor Ort aus-**
1195 **einandersetzen, um Ideen zu entwickeln, wie man unseren Wald der Zukunft aufbaut.**

1196 Wichtig ist dabei insbesondere, dass die öffentliche Hand als Vorbild auftritt. Es ist nötig,
1197 dass die Leistung des Waldes vergütet wird, wodurch Waldbesitzer und Forstbetriebe bei
1198 ihrer Aufgabe der Waldschutz-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungsarbeiten entlastet
1199 werden.

1200

1201 Chancen für den Klimaschutz ergeben sich aber auch durch die Nutzung von nachhaltig er-
1202zeugtem Holz. Durch die Verarbeitung von Holz zu langlebigen Produkten, kann man den
1203 enthaltenen Kohlenstoff längerfristig speichern. Die Nutzung von Holz als Baumaterial bie-
1204 tet somit eine Alternative zu anderen, umweltschädlichen Baumaterialien.

1205

1206 Deshalb fordert die Junge Union Saar:

1207

1208 1. Die Gründung einer forstlichen Versuchsanstalt im Saarland, welche praxisnahe forstli-
1209 che Forschung vor Ort betreibt, sowie Waldbesitzer, Forstbetriebe, Verwaltung und die
1210 Politik berät.

1211

1212 2. Eine Holzbauquote bei Bauaufträgen auf Kommunal- und Landesebene.

1213

1214 3. Die Förderung des Holzbaus aus nachhaltig erzeugtem klimafreundlichem Holz.

1215

1216 8. Ökologische Landwirtschaft

1217 Ein zentraler Treiber der CO₂-Emissionen ist unsere Ernährung. Großen Anteil daran hat die
1218 industrielle Tierhaltung. Ein Grund der schlechten CO₂-Bilanz von Fleisch ist Soja. Proble-
1219 matisch ist, dass Soja überwiegend aus Übersee importiert werden muss und für deren Pro-
1220 duktion Monokulturen angelegt werden, welche von großem Nachteil für die Vegetation
1221 vor Ort und das Klima sind. Es gibt deutsches und europäisches Soja, jedoch entspricht die-
1222 ses bei weitem noch nicht unserem Bedarf. Seit 2016 fördert das Bundesministerium für
1223 Ernährung und Landwirtschaft die Erforschung von alternativen heimischen Eiweißpflanzen.
1224 Deshalb fordert die Junge Union Saar, die weitere **finanzielle Förderung der Erforschung**
1225 **alternativer Eiweißpflanzen aber auch die Subvention von nachhaltigem deutschen**
1226 **Soja-Anbau.**

1227

1228 Hierdurch kann die Konkurrenzfähigkeit des in Deutschland produzierten Soja erhöht und
1229 damit die Emissionen bei der Produktion und dem Transport, von ausländischem Soja ge-
1230 senkt werden. Aus unserer Sicht muss darüber hinaus die gesamte Produktion von tieri-
1231 schen Produkten und landwirtschaftlichen Gütern überdacht werden. Der Fokus sollte dabei
1232 auf einen bewussteren Konsum aus regionaler und ökologischer Erzeugung gelegt werden.
1233 Dadurch könnten weite Transportwege verhindert, das Tierwohl verbessert, sowie auf
1234 schädliche Futtermittel und chemische Düngemittel verzichtet werden.

1235

1236 Auch hier sollte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und bspw. **das Ange-**
1237 **bot von ökologischen und regionalen Produkten in den saarländischen Schul- und Hoch-**
1238 **schulmensen nach dem Vorbild der Mensa der Universität des Saarlandes stärker**

39

1239 **fördern.** Wir fordern weiter, **nachhaltige Lebensmittel insgesamt stärker zu subventio-**
1240 **nieren und Subventionen für konventionelle Erzeugnisse zu verringern.** Dadurch würden
1241 der ökologische Landbau und eine nachhaltige Tierhaltung wesentlich attraktiver werden.
1242 Deshalb wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur stärkeren
1243 Subventionierung ökologischer Landwirtschaftsbetriebe vorzulegen und auf Bundesebene
1244 auf eine Veränderung der Subventionsvergabe im Bund sowie in der europäischen Union
1245 hinzuwirken.

1246
1247 **Des Weiteren fordern wir auch die Bundesregierung dazu auf, sich bei der Verteilung**
1248 **der EU-Agrarsubventionen für eine stärkere Ausrichtung hin zu einer ökologischen**
1249 **Landwirtschaft stark zu machen.**

1250

1251 **9. Tierwohl & Artenschutz**

1252 Neben den Umweltaspekten liegt auch das Tierwohl am Herzen. Daher fordern wir die Bun-
1253 desregierung dazu auf, **den Druck auf ein verbindliches Tierwohllabel bei der europäi-**
1254 **schen Union zu erhöhen.** Analog hierzu setzen wir uns für eine **Tierwohlabgabe** ein, wie
1255 sie vom Bundesrat vor kurzem vorgeschlagen wurde. Hierbei sollte aber **auf keinen Fall eine**
1256 **pauschale Abgabe auf Fleisch und Milchprodukte erfolgen, sondern nur Produkte mit**
1257 **schlechten Haltungsformen mit einer Abgabe belegt werden.**

1258

1259 Dadurch werden tierische Produkte aus schlechten Haltungsformen teurer und bessere Hal-
1260 tungsarten wirtschaftlich attraktiver. Die Einteilung könnte in 4 Stufen erfolgen, wie es ak-
1261 tuell auf freiwilliger Basis mit dem Haltungsformsiegel bereits praktiziert wird. Die ersten
1262 beiden Stufen Stallhaltung und Stallhaltung plus könnten mit einer Abgabe sanktioniert
1263 werden. Mit der Abgabe sollen dann gezielt Betriebe bei der Verbesserung ihrer Haltungs-
1264 bedingungen unterstützt werden. Für die genaue Einteilung sollte aber das von uns gefor-
1265 derte Tierwohllabel genutzt werden.

1266

1267 Den Einsatz der meisten Wildtieren im Zirkus halten wir ebenfalls für nicht mehr zeitgemäß.
1268 Die Landesregierung soll daher das vom Bundeslandwirtschaftsministerium geplante **Wild-**
1269 **tierverbot in Wanderzirkussen,** welches jedoch zahlreiche Arten außenvor lässt, **um Groß-**
1270 **katen, Robben, Kängurus, Reptilien, Laufvögel sowie Antilopen und Zebras erweitern.**

40

1271 Ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem ist die immense Verschwendung von Le-
1272 bensmitteln.

1273

1274 Vor diesem Hintergrund fordern wir, die **Lebensmittelverschwendung nach französi-**
1275 **schem Vorbild unter Strafe zu stellen. Supermärkte ab einer Größe von 400 Quadratme-**
1276 **ter sollen verpflichtet werden, Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, aber noch**
1277 **genießbar sind, entweder auf einer ausgewiesenen Fläche im Supermarkt zur kostenlo-**
1278 **sen Mitnahme anzubieten oder an soziale Einrichtungen zu spenden.** Erst nach einer vor-
1279 geschriebenen Zeit sollen diese dann entsorgt werden dürfen. Zuwiderhandlungen sollen
1280 mit einem Bußgeld geahndet werden.

1281

1282 **10. Klimaneutraler Gebäudebestand**

1283 Wir wollen einen klimaneutralen Gebäudebestand im Saarland bis zum Jahr 2040. Auf dem
1284 Weg dazu sind unter anderem folgende Punkte wichtig: **die energetische Sanierung von**
1285 **öffentlichen und privaten Gebäuden, eine klimafreundliche Wärmeerzeugung, der Aus-**
1286 **bau von Photovoltaikdachanlagen, der Einsatz umweltschonender Baumaterialien so-**
1287 **wie umweltschonende und artenförderliche Außenanlagen.**

1288

1289 Darüber hinaus soll die Landesbauordnung ab dem Jahre 2023 ebenfalls verbindliche Fest-
1290 setzungen über den Einsatz von umweltschonenden Baumaterialien und das Erfordernis von
1291 umweltschonenden Außenanlagen enthalten. So fordern wir, dass bei Neubauten in Zukunft
1292 ein großer Teil aller verwendeten Baustoffe aus nachwachsenden, gut recyclebaren und
1293 lange verfügbaren Rohstoffen bestehen muss.

1294

1295 Nicht nur die Kommunen brauchen Sanierungsmanager, sondern auch das Land braucht
1296 eine Sanierungsstrategie für seine Gebäude. Die Eigentümer von Gebäuden müssen gezielt
1297 auf Fördermöglichkeiten des Bundes hingewiesen und zu einer Sanierung ermuntert wer-
1298 den. **Hierzu sollte das Land einen eigenen Fördertopf zur Hebelung der Bundesmittel**
1299 **einrichten und zeitgleich bis 2030 alle öffentlichen Gebäude in Landesbesitz einer ener-**
1300 **getischen Sanierung unterziehen.**

1301

1302 Darüber hinaus muss auch im Saarland der Umstieg von Ölheizungen zu klimafreundlicher
1303 Wärmeerzeugung stärker forciert werden. Daher fordern wir eine Hebelung der Bundesför-
1304 dermittel durch ein saarländisches Förderprogramm. **Wir fordern zudem, die Landesbau-**
1305 **ordnung mit Wirkung zum Jahr 2023 so zu ändern, dass in Gebäuden, in denen eine kli-**
1306 **mafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen nicht mehr**
1307 **gestattet ist.** Gleichzeitig muss durch eine landesseitige Subventionierung klimafreundli-
1308 cher Heizungen sichergestellt sein, dass der Wechsel sozialverträglich erfolgen kann.

1309
1310 Steingärten haben aus unserer Sicht erhebliche negative Auswirkungen auf das Mikroklima.
1311 Aufgrund der fehlenden Begrünung heizen sich die Steine besonders im Sommer auf und
1312 geben sodann die Wärme an die Umgebung ab. Da die Steine die Wärme außerdem spei-
1313 chern, kann sich der Garten, bzw. der Boden, auch nachts nicht abkühlen. Wasserundurch-
1314 lässige Schotterbeete verhindern dazu, dass Regenwasser ins Erdreich sickern kann und be-
1315 günstigen so die Austrocknung des Erdreichs. Wir fordern daher, ein Verbot der Anlage von
1316 sogenannten Steingärten ab 2023 in der Landesbauordnung aufzunehmen.

1317

1318

1319 **VI. Inneres und Justiz**

1320 Die **Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung** ist eine der Kernaufgaben
1321 des Staates. Dabei ist die Gefahrenlage in den vergangenen Jahren sehr viel komplexer ge-
1322 worden. Grund hierfür sind zum einen der grenzüberschreitende Verkehr und die Globali-
1323 sierung, aber auch die Digitalisierung und nicht zuletzt die aktuellen Herausforderungen
1324 durch die Corona-Pandemie. Um den sicherheitspolitischen Herausforderungen der heuti-
1325 gen Zeit gerecht zu werden, brauchen wir einen starken, handlungsfähigen und modernen
1326 Rechtsstaat sowie vor allem auch Menschen, die diesen mit Leben füllen. Bedienstete bei
1327 Polizei und Justiz im Saarland leisten trotz teilweise widriger Bedingungen eine herausra-
1328 gende Arbeit. Damit das auch weiterhin so bleibt, muss die saarländische Landesregierung
1329 die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Junge Union Saar fordert daher:

1330

1331 **1. Personalsituation bei Polizei, Justiz und Verwaltung weiter verbessern**

1332 Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für ihn und für die Sicherheit der Bürger eintreten.
1333 Als Junge Union Saar stehen wir unverrückbar an der Seite von Bediensteten bei der saar-
1334 ländischen Polizei und der Justiz. Nach Jahren der Sparmaßnahmen beobachten wir mit
1335 Sorge, dass heute viele Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung nicht in dem
1336 Maße erfüllt werden können, wie dies erforderlich wäre.

1337

1338 Betrachtet man die Personalentwicklung bei der Polizei in den vergangenen Jahren, so ist
1339 diese auf dem richtigen Weg. Seit dem Jahr 2015 wurde die Zahl der jährlichen Einstellungen
1340 von Anwärtern im Saarland stetig gesteigert. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende. Noch
1341 heute sind die Nachwirkungen der Einstellungspolitik der SPD-Landesregierung aus den
1342 90er-Jahren zu spüren, als teilweise in ganzen Jahren keine einzige Einstellung erfolgte. **Von**
1343 **den derzeit im Stellenplan ausgewiesenen 2700 Stellen sind lediglich 2500 besetzt.**

1344

1345 Die saarländische Landesregierung muss daher in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass
1346 die ausgewiesenen Stellen auch tatsächlich besetzt sind. **Das mittelfristige Ziel muss dann**
1347 **sein, diese Personalisierung nicht mehr zu unterschreiten**, sodass dauerhaft mindestens
1348 2700 Stellen bei der saarländischen Vollzugspolizei besetzt sind. Langfristig unterstützen
1349 wir die **Forderung nach einer Mindestpersonalisierung von 3000 Vollzugsbeamten**. Wir
1350 fordern demnach, den eingeschlagenen Weg der erhöhten Neueinstellungen konsequent
1351 weiterzugehen.

1352

1353 Dies darf allerdings nicht zu Lasten der Justiz geschehen. Ein starker Rechtsstaat lebt vom
1354 Zusammenspiel von Polizei und Justiz. Die Signale aus der saarländischen Justiz sind besorg-
1355 niserregend. Die **Arbeitsbelastung bei den Justizvollzugsbeamten, Geschäftsstellenmit-**
1356 **arbeitern, Rechtspflegern, Richtern und Staatsanwälten ist enorm, liegt teilweise**
1357 **durchschnittlich bei bis zu 150 %**. Nach Angaben des saarländischen Richterbunds handelt
1358 es sich um eine untragbare Personalsituation, die zunehmend die Funktionstüchtigkeit der
1359 Justiz als Ganzes bedroht. Diesen Entwicklungen muss entgegengewirkt werden. Durch die
1360 Schaffung von insgesamt 73 zusätzlichen Stellen für die saarländische Justiz in den Jahren
1361 2021 und 2022 wurde ein erster Schritt getan.

1362

1363 Die Junge Union Saar fordert dabei insbesondere, dass **ausgewiesene Stellen auch tatsäch-**
1364 **lich dauerhaft besetzt werden und auch in den folgenden Haushaltsjahren eine erhebli-**
1365 **che Anzahl weiterer Stellen geschaffen wird.** Dies gilt im Übrigen auch für die Verwaltung
1366 insgesamt. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie dürfen nicht dazu führen, dass im öf-
1367 fentlichen Dienst ein erneuter Sparkurs einsetzen wird.

1368

1369 2. Die saarländische Polizei als attraktiver Arbeitgeber

1370 Zur Besetzung von bestehenden und neu entstehenden Stellen braucht es jedoch auch qua-
1371 lifizierte Bewerber. Bei der saarländischen Polizei sind die Bewerberzahlen dabei seit 2010
1372 rückläufig. Wegen der steigenden Einstellungszahlen bräuchten wir jedoch gerade mehr
1373 junge, motivierte. Junge Menschen müssen in der saarländischen Polizei einen attraktiven
1374 Arbeitgeber finden, der ihnen eine echte berufliche Perspektive bietet. **Die saarländische**
1375 **Polizei darf dabei nicht weiter hinter die Bundespolizei und die rheinland-pfälzische Po-**
1376 **lizei zurückfallen, mit denen wir um die besten Bewerber konkurrieren.**

1377

1378 Neben guten Arbeitsbedingungen, einer moderaten Arbeitsbelastung und einem spannen-
1379 den Aufgabenfeld sind vor allem eine adäquate Bezahlung und Aufstiegschancen für die Be-
1380 rufswahl von zentraler Bedeutung und entscheidend für die Attraktivität einer Stelle. Be-
1381 trachtet man allein die Besoldung, so ist die saarländische Polizei dabei im Vergleich mit der
1382 Polizei in anderen Ländern alles andere als attraktiv. Klar ist, dass das Saarland nicht die
1383 finanziellen Möglichkeiten wie andere Bundesländer hat. Jedoch ist die Landesregierung in
1384 der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Lücke in der Besoldung nicht noch größer wird. Die
1385 Junge Union Saar fordert daher, dass die **prozentuale Besoldungsentwicklung in Zukunft**
1386 **zumindest auf dem Niveau der Entwicklung bei der rheinland-pfälzischen Polizei liegen**
1387 **muss.** Perspektivisch sollte sich das hiesige Lohnniveau auch absolut dem Lohnniveau in
1388 Rheinland-Pfalz annähern.

1389

1390 Ebenfalls unterdurchschnittlich ist die sog. Polizeizulage. Diese ist im Saarland im Gegen-
1391 satz zu vielen anderen Bundesländern trotz der immer komplexer werdenden Polizeiarbeit
1392 seit 2006 unverändert bei 127,38 € geblieben. Um die immer vielschichtiger werdende Ar-
1393 beit der Polizisten zu honorieren, fordert die Junge Union Saar eine **spürbare Erhöhung der**
1394 **Polizeizulage,** mindestens auf das Niveau unseres Nachbarn Rheinland-Pfalz. Die derzeit

44

1395 vom saarländischen Innenministerium geplante Erhöhung um zweimal 3 Prozent empfinden
1396 wir als zu niedrig.

1397

1398 Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die **Einführung einer mit der Bundespolizei**
1399 **vergleichbaren Erschwerniszulage** für die saarländischen Beamten. Eine solche Zulage in
1400 Höhe von 11,10 € erhalten Bundespolizisten, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit
1401 bspw. mit Fäkalien oder Körperflüssigkeiten in Berührung kommen. Damit wird die Ausfüh-
1402 rung besonders unangenehmer und infektionsrisikoreicher Tätigkeiten während des Diens-
1403 tes angemessen wertgeschätzt. Die Beamten der Landespolizei sind diesen Tätigkeiten
1404 ebenso ausgesetzt wie Beamte der Bundespolizei, sodass die Gewährung der sog. „Ekelzu-
1405 lage“ auch saarländischen Beamten zustehen sollte.

1406

1407 Gerade junge Familien sind neben einer auskömmlichen Bezahlung auch auf finanzielle Pla-
1408 nungssicherheit angewiesen. Bei der saarländischen Polizei fehlt es hierzu jedoch an gesi-
1409 cherten Aufstiegschancen. Vielmehr warten junge Beamte teilweise zehn Jahre und länger
1410 auf ihre erste Beförderung. In der Besoldungsgruppe A 9 gibt es einen regelrechten Beför-
1411 derungsstau, der bedingt, dass nicht einmal überdurchschnittlich bewertete Polizisten be-
1412 fördert werden können. Dementsprechend zeichnet sich im Hinblick auf die Aufstiegschan-
1413 cen ein teilweise verheerendes Stimmungsbild in der saarländischen Polizei ab. Daher for-
1414 dert die Junge Union Saar die **Einführung einer Regelbeförderung** bei der saarländischen
1415 Polizei. Ausgehend vom Zeitpunkt der Ernennung zur Polizeikommissarin und zum Polizei-
1416 kommissar in der Besoldungsgruppe A 9 muss **spätestens nach sieben Jahren** eine Beför-
1417 derung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 erfolgt sein. **Zudem muss eine ausreichende**
1418 **Zahl bewerteter Stellen in höheren Besoldungsgruppen geschaffen werden, sodass**
1419 **überdurchschnittlich bewerteten Beamten der Aufstieg in höhere Besoldungsgruppen**
1420 **ermöglicht werden kann.**

1421

1422 Ein weiterer Grund für die rückläufigen Bewerberzahlen dürfte auch das langwierige Bewer-
1423 bungsverfahren sein. Die Bewerbungsfrist läuft dabei regelmäßig etwa ein Jahr vor dem po-
1424 tenziellen Einstellungstermin ab, damit das Bewerbungsverfahren ordnungsgemäß durch-
1425 geführt werden kann. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bewerberzahlen generell rück-
1426 läufig sind, ist dieser Zeitraum viel zu lange. Bei vielen jungen Menschen reift erst gegen

45

1427 Ende der schulischen Ausbildung die Entscheidung, wohin sie sich beruflich entwickeln
1428 möchten. Wer sich beispielsweise erst im letzten Schul-Halbjahr entscheidet, sich bei der
1429 saarländischen Polizei bewerben zu wollen, dem bleibt die Einstellung im Oktober des Ab-
1430 schlussjahres verwehrt. Viele junge Menschen werden sich angesichts der dann drohenden
1431 langen Wartezeit gegen die Polizei entscheiden. Daher fordert die Junge Union Saar, **das**
1432 **Bewerbungsverfahren insgesamt so stark zu verkürzen, dass Bewerbungen zumindest**
1433 **bis sechs Monate vor der Einstellung möglich sind.**

1434

1435 **3. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei der saarländischen Polizei stärken**

1436 In einer sich ständig verändernden Welt müssen sich die Polizeivollzugsbeamten stets auf
1437 neue Gefahrenlagen und Situationen einstellen. Angebote zur Fort- und Weiterbildung sind
1438 daher für eine adäquate Ausbildung der Beamten unerlässlich. Die Gegebenheiten an der
1439 Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes reichen jedoch nicht aus, um zeitgleich mit
1440 der Ausbildung der Anwärter die hohe Anzahl an anstehenden Fortbildungen angemessen
1441 durchzuführen. Hier fehlen neben ausreichend Schulungs- und Unterrichtsräumen am
1442 Standort in Göttelborn auch Ausbilder, die die Polizisten beispielsweise im Umgang mit
1443 neuen Einsatzmitteln wie dem Taser schulen oder einen regelmäßigen Überblick über neue
1444 Gesetzesentwicklungen geben.

1445

1446 Dem hohen Fort- und Weiterbildungsbedarf kann die saarländische Polizei derzeit nicht ge-
1447 recht werden. Dies sorgt auch für Unmut und Frustration unter den Beamten. Die Junge
1448 Union Saar fordert daher, **mehr Unterrichtsräume und mehr Ausbildungspersonal** zur
1449 Verfügung zu stellen. Nur so kann die saarländische Polizei mit der immer schneller werden-
1450 den Veränderung der Sicherheitslage Schritt halten.

1451

1452 **4. Bessere Zusammenarbeit der saarländischen Sicherheitsbehörden**

1453 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und Ordnung im Saarland ist eine Gemein-
1454 schaftsaufgabe zwischen Land und Kommunen. Gerade in den größeren Städten im Saarland
1455 ist eine gute Zusammenarbeit von Vollzugspolizei und kommunalen Ordnungsbehörden für
1456 den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unerlässlich.

1457

1458 Eine **vertiefte Zusammenarbeit von Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden** ist aus
1459 Sicht der Jungen Union Saar dringend erforderlich, um den Herausforderungen der Gefah-
1460 renabwehr gerecht zu werden. Gerade die Mitarbeiter der kommunalen Ordnungsbehörden
1461 müssen auch in der Lage sein, auf Augenhöhe mit der Vollzugspolizei zu arbeiten, damit eine
1462 verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

1463

1464 Gleiches gilt für den Polizeilichen Ordnungsdienst. Wie die kommunalen Ordnungsbehör-
1465 den kann auch der Polizeiliche Ordnungsdienst eine wichtige Entlastung für die Vollzugspo-
1466 lizei, beispielsweise bei der Überwachung von Objekten, darstellen. Insgesamt braucht es
1467 jedoch in beiden Fällen vor allem qualifizierte Kräfte, die für die Vollzugspolizei eine echte
1468 und schlagkräftige Unterstützung bei der Gefahrenabwehr darstellen.

1469

1470 Dies ist aktuell nicht durchgehend der Fall. Aus diesem Grunde fordert die Junge Union Saar
1471 die saarländische Landesregierung auf, **eine gemeinsame Ausbildung für den kommunalen wie für den polizeilichen Ordnungsdienst zu schaffen**, die sich nicht nur auf kurze
1472 Lehrgänge beschränkt. Vielmehr bedarf es einer **einheitlichen und qualitativ hochwertigen Ausbildung, die auch eine bessere Bezahlung der Ordnungskräfte und erweiterte Befugnisse ermöglicht**. Als Vorbild kann dabei der kommunale Vollzugsdienst in Rhein-
1473 land-Pfalz dienen. Zur Entlastung der stark beanspruchten Vollzugspolizei brauchen wir
1474 quantitativ und qualitativ besser ausgestattete Ordnungsbehörden, um den sicherheitspo-
1475 litischen Herausforderungen gerecht zu werden.

1479

1480 Für eine verbesserte Zusammenarbeit ist es darüber hinaus auch unerlässlich, dass die Digi-
1481 talisierung bei allen Sicherheitsbehörden, auch bei der Justiz und der Staatsanwaltschaft,
1482 vorangetrieben wird. Nur so kann ein schneller und effizienter Datenaustausch in Echtzeit
1483 ermöglicht werden.

1484

1485 **5. Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort sicherstellen**

1486 Daneben ist jedoch auch die Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort weiter wichtig. Im Saarland
1487 gibt es derzeit 38 Polizeiposten. Ihre Aufgabe liegt darin, einen örtlichen Ansprechpartner
1488 für die Bürger zu bieten. Dazu sind zu festgelegten Zeiten ortskundige und meist dienstäl-
1489 tere Polizeibeamte in den Posten anzutreffen, um z. B. Anzeigen aufzunehmen. Jedoch sind

47

1490 die Polizeiposten oftmals nur wenige Stunden in der Woche besetzt und dadurch auch we-
1491 nig frequentiert, dennoch müssen die Räumlichkeiten dauerhaft unterhalten und finanziert
1492 werden. Die Standortgebundenheit macht die Polizeiposten zusätzlich wenig flexibel.

1493

1494 Um das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger zu stärken, fordert die Junge Union Saar
1495 eine **Umwandlung des bisher bestehenden Konzepts hin zu mobilen Polizeiposten**. Hier-
1496 bei sollen von den mobilen Polizeiposten mindestens dieselben Gebiete der bisherigen Pos-
1497 ten abgedeckt und mit gleichem Personal besetzt werden.

1498

1499 Moderne und entsprechend ausgestattete Fahrzeuge, die die bisherigen Serviceleistungen
1500 ermöglichen, sollen zu festen Zeiten an öffentlichen und dann möglichst belebten Plätzen
1501 (z. B. auf dem Marktplatz am Markttag) aufgestellt werden. Dies führt zu einem **Herabsen-**
1502 **ken der Hemmschwelle der Kontaktaufnahme zur Polizei**. Weiterhin erleichtern diese
1503 mobilen Polizeiposten auch weniger mobilen Mitbürgern das Gespräch mit einem Polizei-
1504 beamten, weil sie sonstige Termine im Ortskern unproblematisch verbinden können. Durch
1505 die oben angeführten Punkte soll eine **Steigerung der Präsenz und somit des subjektiven**
1506 **Sicherheitsgefühls erzielt werden**. Weiterhin wird eine effektivere Präventionsarbeit er-
1507 möglicht, da unkompliziert und niederschwellig viele Menschen erreicht werden können.

1508

1509 Eine weitere Einsatzmöglichkeit stellt die **Vor-Ort-Präsenz bei Festen und Großveranstal-**
1510 **tungen** dar. Hierdurch können kleinere Delikte direkt aufgenommen und bearbeitet wer-
1511 den. Weiterhin besteht die Möglichkeit, ein Fahrzeug für mehrere Polizeiposten bei gleich-
1512 bleibender Öffnungsdauer zu nutzen. Damit ist dieses Konzept langfristig finanzierbar und
1513 kann evtl. sogar zu Einsparungen führen.

1514

1515

1516 **VII. Europa und Internationales**

1517 **1. Das Saarland in der Großregion - Interregionale Zusammenarbeit stärken**

1518 Das Saarland liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas, sondern ist auch aufgrund sei-
1519 nes politischen Selbstverständnis ein Motor der regionalen grenzüberschreitenden Integra-
1520 tion. Gemeinsam mit den französischen, luxemburgischen, belgischen und auch deutschen
1521 Partnerregionen hat sich in den letzten Jahrzehnten ein beachtliches institutionelles

48

1522 Kooperationsgeflecht entwickelt. Das Governance der Großregion besteht dabei vor allem
1523 aus exekutiver sowie legislativer Zusammenarbeit, welche durch verschiedenste wirtschaft-
1524 liche und kommunale Akteure ergänzt wird. Zudem existieren erfolgreiche Bildungspro-
1525 jekte wie die „Universität der Großregion (UniGr)“ oder viele Schulpartnerschaften.

1526

1527 Obwohl die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion ein Erfolgsprojekt ist
1528 und als Modellregion für die gesamte EU angesehen wird, gilt es Herausforderungen zu be-
1529 wältigen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Gerade auch während der Corona-Pan-
1530 demie wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig der Informations- und Erfahrungsaustausch
1531 in etablierten Gremien ist, um komplexe Probleme zu lösen. Daher fordert die Junge Union
1532 Saar, die Corona-Pandemie als Anlass zum **Performance-Check** zu nutzen. Getreu dem
1533 Motto Jean Monets, dass Europa in Zeiten von Krisen geschaffen wurde, kann die Corona-
1534 Krise auch dabei helfen, **Institutionen und Prozesse der Großregion auf ihre Leistungsfä-**
1535 **higkeit zu überprüfen.**

1536

1537 Des Weiteren ist in diesem Jahr das 2003 beschlossene politische Strategiepapier “Zukunfts-
1538 bild 2020” der Großregion ausgelaufen. Jenes wurde damals in Auftrag gegeben, da die Er-
1539 stellung einer grenzüberschreitend abgestimmten Zukunftsperspektive für dringend gebo-
1540 ten angesehen wurden.

1541

1542 Der Ausbau und die Stärkung der Großregion ist eine der wichtigsten Aufgaben des Saar-
1543 landes und der beteiligten Regionen. Gerade im Bereich Bildung gilt es noch viele Punkte
1544 umzusetzen. Wir fordern den **Ausbau und die Stärkung des Französischunterrichts** in den
1545 Schulen und Bildungseinrichtungen. Zusätzlich soll die **bilinguale Erziehung bereits in Kin-**
1546 **dergarten, Vor- und Grundschule** fokussiert werden. Hier sollten Pilotprojekte nach und
1547 nach in der gesamten Großregion ausgerollt werden. Luxemburgische Sprachkenntnisse
1548 sollten aus unserer Sicht auf freiwilliger Basis erworben werden können, so beispielsweise
1549 in der Schule in Form einer AG oder durch Belegung des Seminarfachs im Modulbereich
1550 „Mehrsprachigkeit“.

1551

1552 Mit rund 50 Prozent der saarländischen Kitas und zahlreichen Grundschulen arbeiten be-
1553 reits viele Menschen aktiv an einem zweisprachigen Bildungskonzept, bei dem wir mit vier

49

1554 Abibac-Schulen bundesweiter Spitzenreiter sind. Diesbezüglich ist es uns als Junge Union
1555 Saar besonders wichtig, die gesamte Schullaufbahn mitzudenken, von der Kita bis zum Aus-
1556 bildungsplatz oder Studium. Hierbei möchten wir **zusätzliche zweisprachige Lehrkräfte**
1557 einstellen und die Bildungskompetenz durch grenzüberschreitende Studiengänge weiter
1558 fördern. Die Ausbildung der entsprechenden Erziehenden und Lehrer sollte gemeinsamen
1559 Standards folgen.

1560

1561 **An allen Gymnasien** des Saarlandes sollte aus unserer Sicht **bis zum Jahr 2035 der gleich-**
1562 **zeitige Erwerb von Abitur und Bac** möglich sein. Ziel sollte eine Durchlässigkeit zwischen
1563 den verschiedenen Bildungssystemen der Großregion sein. Auch die **berufsbildenden**
1564 **Schulen** sollten künftig in der Großregion **stärker vernetzt** werden und auch **gemeinsame**
1565 **Standards in den Abschlüssen** erfahren. Best practise Lösungen müssen durch einen **Bil-**
1566 **dungspreis der Großregion** wertgeschätzt und als Vorbild für andere herausgestellt wer-
1567 den. **Grenzüberschreitende Forschungsprojekte** müssen im Rahmen der Universität der
1568 Großregion intensiviert werden. Ein **gemeinsamer, auf großregionaler Ebene angesiedel-**
1569 **ter Fördertopf** soll entsprechende Projekte finanzieren.

1570

1571

1572 2. Europa vernetzen – das Saarland zum Drehkreuz für den europäischen Bahn- 1573 verkehr machen

1574 Die Junge Union Saar möchte wie bereits dargelegt den **grenzüberschreitenden ÖPNV**
1575 **ausbauen, CO2 Emissionen verringern und die Position des Saarlandes im Herzen Euro-**
1576 **pas stärken.** 2021 ist das Europäische Jahr der Schiene und das nicht ohne Grund. Europa
1577 muss über die Schiene besser vernetzt werden. Ein breites Bahnangebot hilft gerade regio-
1578 nal dabei, die Großregion besser zu vernetzen. Nach Angaben der Europäischen Kommission
1579 entfallen 25% der Treibhausgasemissionen der EU auf den Verkehr. Mit Investitionen in den
1580 europäischen Schienenverkehr möchte die Junge Union Saar **das Saarland über die Schiene**
1581 **vernetzen, CO2 einsparen und Saarbrücken zum europäischen Bahn-Drehkreuz machen.**

1582

1583 Mit dem Ausbau einer **Direktverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg und Brüssel**
1584 wird eine Brücke von der saarländischen Landeshauptstadt zu den europäischen Hauptstäd-
1585 ten Luxemburg und Brüssel gebaut. Durch die geplante Verkürzung der Fahrzeit von

50

1586 Luxemburg nach Brüssel von drei auf zwei Stunden sollen Zugfahrer die europäische Haupt-
1587 stadt von Saarbrücken noch schneller erreichen können. Neben der Vernetzung der Haupt-
1588 städte würde es durch eine Direktverbindung gelingen, die Großregion zu vernetzen und
1589 insbesondere den nach Luxemburg pendlerstarken Landkreis Merzig-Wadern mit der
1590 Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg zu verbinden. Diese Strecke erhöht den Fahr-
1591 komfort und bietet den Grenzpendlern eine CO2-neutrale Alternative zum Auto. Wir for-
1592 dern die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, dieses Projekt in den Inves-
1593 titionsplan für ein nachhaltiges Europa aufzunehmen.

1594

1595 Zudem unterstützen wir die Forderung der deutsch-französischen parlamentarischen Ver-
1596 sammlung, die sich für eine **Direktverbindung von Berlin nach Paris** ausspricht. Mit diesem
1597 Leuchtturmprojekt soll es gelingen die **Direktverbindung von Saarbrücken nach Frankfurt**
1598 **auszubauen und die Frequenz der aus dem Saarland nach Frankfurt und Paris fahrenden**
1599 **Züge zu erhöhen**. So sollen die Flughäfen Luxemburg und Frankfurt mit der Bahn langfristig
1600 in weniger als einer Stunde erreicht werden.

1601

1602

1603

1604 **VIII. Familie, Gesundheit, Soziales und Jugend**

1605 **1. Jugendbeteiligung ausbauen und fördern**

1606 Junge Menschen sollen es so leicht wie möglich haben, sich politisch zu informieren und
1607 ihre Themen an geeigneter Stelle einbringen zu können. Um die Jugendbeteiligung auszu-
1608 bauen und zu fördern, sollen vorhandene Angebote erweitert und neue geschaffen wer-
1609 den. Für die Junge Union Saar soll es immer einen **Gleichlauf von Rechten und Pflichten**
1610 geben. Wir stehen dafür ein, dass das **Wahlalter** auch weiterhin an die **Volljährigkeit** ge-
1611 knüpft ist, da die jungen Erwachsenen mit dem Eintritt in die Volljährigkeit alle Rechte und
1612 Pflichten erlangen. Eine Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre lehnen wir ab.

1613

1614 Die Junge Union Saar fordert die **verbindliche Einführung von Jugendbeiräten in allen**
1615 **Saarländischen Kommunen**. Dadurch werden die Interessen der Jugendlichen in die kom-
1616 munalen Gremien gebracht. Grund für die Einführung einer solchen Pflicht ist das immer

1617 geringer werdende Vertrauen der Jugendlichen in die Demokratie. Aus diesem Grund soll-
1618 ten die Sitzungen des Jugendbeirates öffentlich erfolgen, um die Teilhabe sicherzustellen.

1619

1620 Der Jugendbeirat sollte Vielfalt darstellen und daher aus verschiedenen Gruppierungen be-
1621 stehen. Dies wäre auch ein erster Schritt in Richtung **Einrichtung eines Jugendlandtages**.

1622 Denn so könnten bspw. die Jugendbeiräte je einen Vertreter in den Jugendlandtag entsen-
1623 den, der dort Ihre Interessen vertritt. So können wir auch gewährleisten, dass nicht nur

1624 Schülerinnen und Schüler vertreten sind, sondern die gesamte Bandbreite an jungen Men-
1625 schen in dem Jugendlandtag vertreten ist.

1626

1627 Damit wir möglichst viele junge Menschen für eine solche Mitarbeit motivieren können,
1628 müssen die Kommunen junge Menschen im entsprechenden Alter explizit ansprechen und

1629 auf die Möglichkeiten der Mitarbeit in diesem Gremium hinweisen. Diese Mitarbeit muss
1630 natürlich auch attraktiv sein und eine **echte Beteiligungsmöglichkeit** darstellen. Daher

1631 sollen die dort getroffenen Beschlussempfehlungen an das Plenum bzw. den jeweiligen
1632 Ausschuss weitergegeben werden. Ebenso auf kommunaler Ebene an den Stadt- bzw. Ge-

1633 meinderat. Des Weiteren sollen die Kinder und Jugendlichen in allen sie betreffenden The-
1634 men angehört werden.

1635

1636 Ergänzend hierzu fordern wir die Durchführung des **Planspiels „Jugend und Parlament“**
1637 auch auf Landesebene. Dies soll für uns keine Alternative zu einer echten Beteiligungs-

1638 möglichkeit darstellen, sondern vielmehr ein zusätzliches, ergänzendes Angebot sein um
1639 demokratische Prozesse anschaulich näherzubringen.

1640

1641 In einigen wenigen Kommunen gibt es schon einen **Kinder- und Jugendbeauftragten**, der
1642 sich ehrenamtlich um die Kinder und Jugendlichen kümmern kann. Dieser setzt sich vor al-

1643 lem für altersgruppenspezifische Themen, wie z.B. Spielplätze, Treffpunkte, Sportangebote
1644 ein. Hierzu sollte es in einem 2-5-jährigen Turnus eine Ausschreibung seitens der Stadtver-

1645 waltung geben, auf die sich alle Bürger im Alter zwischen 18 und 30 Jahren bewerben kön-
1646 nen, indem Sie ihre Zukunftsvisionen in einem kurzen Anschreiben bei der Verwaltung ein-

1647 reichen. Die Entscheidung über einen Kandidaten kann der Stadt- oder Gemeinderat bzw. in
1648 der Landeshauptstadt Saarbrücken der Bezirksrat treffen.

1649

1650 Dem Beauftragten wird ein **Jahresbudget** zur Verfügung gestellt und er erhält eine geringe
1651 Aufwandsentschädigung für seine Arbeit. Dadurch wird für ihn die Möglichkeit eröffnet, in
1652 Eigeninitiative Aktionen für Kinder und Jugendliche zu planen und zu verwirklichen. Vor al-
1653 lem aber haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, ihn bei Fragen und Problemen
1654 zu kontaktieren oder ihre Wünsche und Ideen entgegenzunehmen.

1655

1656 Im gleichen Zug sollen die **kommunalen Jugendzentren**, vor allen Dingen für Kinder und
1657 Jugendliche im ländlichen Raum, gestärkt werden, um so eine feste Anlaufstelle für Treffen
1658 miteinander oder Gespräche mit dem Jugendbeauftragten zu bieten. Hier ist ein Austausch
1659 und die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Jugendbeauftragten wünschenswert.
1660 Dadurch könnten die kommunalen Jugendzentren voneinander profitieren und sogar ge-
1661 meinsam Projekte realisieren. Bei Bedarf sollte die Trägerschaft geprüft und gegebenenfalls
1662 geändert werden.

1663

1664 Jugendzentren sind wichtige Säulen in der Jugendarbeit. Sie können auch **wertvolle Bil-**
1665 **dungsarbeit leisten und hierdurch Sensibilisierungsarbeit** (auch im Bereich der Drogen-
1666 politik und der demokratischen Prozesse) betreiben. Daneben können sie aber auch ein
1667 Rückzugsort für die Besucher darstellen, in dem die verschiedenen Interessen sportlicher,
1668 kultureller und kreativer Art ausgeübt werden können.

1669 **2. Gesundheitsversorgung**

1670 Auch die Krankenhauslandschaft sollte, gerade nach den Erfahrungen in der Corona-Pande-
1671 mie, stabil bleiben. Krankenhäuser sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge
1672 und müssen bei einem Notfall für jeden in kürzester Zeit erreichbar sein und das auch im
1673 ländlichen Raum. Sie dienen in erster Linie dem Schutz der Gesundheit der Bürger und dür-
1674 fen erst an zweiter Stelle aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Wir sprechen uns
1675 daher für eine **bessere finanzielle Unterstützung kleinerer Häuser durch Bund und Land**
1676 aus, damit eine gute medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum eine Zukunft hat.
1677 Da es um den Menschen geht und nicht um eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, legen wir
1678 Wert auf **wohnnah und schnelle Gesundheitsversorgung** für unsere Bürger.

1679

1680 Gleichzeitig sollte eine **schnellere Vernetzung der behandelnden Ärzte** erfolgen, um die
1681 Behandlung zu vereinfachen und wiederholte Untersuchungen und Wechselwirkungen von
1682 Medikamenten zu vermeiden. Die im Bereich eHealth erfolgreichen Vorreiter sollen unter-
1683 stützt und es sollen weitere Partner gewonnen werden.

1684

1685

1686 **3. Drogenpolitik**

1687 Die Junge Union Saar fordert die verbindliche **Einführung der Aufklärung hinsichtlich Dro-**
1688 **gen in den Schulentwicklungsplänen der weiterführenden Schulen.** Wir sehen derzeit
1689 aufgrund der fehlenden Thematisierung ein großes Präventionsproblem und eine Lücke in
1690 der frühen Aufklärung der jungen Saarländer.

1691

1692 In der Ausführung kann dies mit der Schulsozialarbeit verknüpft werden. Daher sollten in
1693 diesem Zusammenhang mehr **Stellen für Schulsozialarbeiter** geschaffen werden. Eine wei-
1694 tere Verknüpfung kann auch im regulären Unterricht erfolgen. Diesbezüglich sollten die
1695 **Lehrer und Schulverwaltungen ebenfalls stärker bzgl. der Prävention bzw. des Erken-**
1696 **nens von Problemen geschult und sensibilisiert werden.**

1697

1698 Neben der Präventionsarbeit in der Schule fordert die Junge Union Saar die **Einführung des**
1699 **„Drug checkings“.** Dies soll der Prävention dienen. Viele Freizeitkonsumenten haben kei-
1700 nen Kontakt zur Drogenhilfe. Jedoch müssen auch diese wissen, was sie, in Anbetracht der
1701 Qualität und Konzentration der Drogen, konsumieren. Das Drug Checking soll auch dazu
1702 beitragen, dass die Konsumenten in Kontakt zu den Mitarbeitern der Drogenberatung kom-
1703 men. So kann man den Konsumenten Wege aus der Sucht aufzeigen.

1704

1705

1706 **IX. Kommunales, Ehrenamt und Sport**

1707 **1. Kommunales**

1708 **a. Hilfs- & Wiederaufbau-Fonds**

1709 Nach der Corona-Pandemie ist mit einem erweiterten Leerstand in den Ortskernen und Ein-
1710 kaufszentren zu rechnen. Auch die kommunale Kultur- und Vereinslandschaft wird nicht
1711 mehr so sein, wie sie es 2019 noch war. Wir sprechen uns daher für einen **Wiederaufbau-**

54

1712 **Fonds aus, mit dem der Einzelhandel sowie die Gastronomie unterstützt und notwen-**
1713 **dige Investitionen getätigt werden können.** Auf diese Weise soll die Kaufkraft der Einwoh-
1714 ner in den Kommunen bleiben und nicht zwangsläufig ausgelagert werden.

1715

1716 Daneben soll auch die Vereins- und Kulturlandschaft, die einen großen Teil unseres gesell-
1717 schaftlichen Lebens im Saarland ausmacht, erhalten bleiben. Vereine und nicht organisiert
1718 ehrenamtlich Tätige waren und sind die Stütze bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.
1719 Viele davon werden auch nach der Pandemie finanziell nicht gut aufgestellt sein. Es bedarf
1720 daher eines **staatlichen Hilfs-Fonds für Vereine und Organisationen, um laufende Kosten**
1721 **wie Miete oder Strom auch ohne stabile Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge oder den**
1722 **Erlös von Veranstaltungen decken zu können.**

1723

1724 **b. Neuauflage bzw. Anpassung der Altbau- und Dorfkernsanierungsprogramme**

1725 Wohn- und Lebensraum für junge Familien wird immer knapper, selbst in eigentlich dünn
1726 besiedelten Kommunen. Gleichzeitig drängen immer mehr Menschen aus den Städten in die
1727 ländlichen Regionen unseres Landes. Wir fordern daher dringend die längst überfällige **An-**
1728 **passung des Landesentwicklungsplans Siedlung in Verbindung mit dem Landesentwick-**
1729 **lungsplan Umwelt.** Nur so werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass Kom-
1730 munen überhaupt noch die dringend notwendigen Neubaugebiete ausweisen können.

1731

1732 Um die Attraktivität der saarländischen Gemeinden zu fördern und zu pflegen **muss es**
1733 **Kommunen außerdem erleichtert werden, wirkliche Sanierungsprogramme für Dorf-**
1734 **und Ortskerne aufzusetzen. Es ist Aufgabe des Landes, Fördermittel zur Pflege und Re-**
1735 **aktivierung von Ortskernen bereitzustellen und kommunale Projekte zu fördern.** Denn
1736 nur wenn es wirklich attraktiv ist, ein altes Gebäude zu erwerben und umzubauen, macht
1737 dies für junge Saarländer auch Sinn und führt gleichzeitig zu einer Belebung und Stabilisie-
1738 rung der Ortskerne.

1739

1740 **c. Kommunale Finanz-Struktur-Reform statt einer Flächen- und Verwaltungsre-**
1741 **form**

1742 Durch die Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Ausfällen bei der Gewerbe-
1743 steuer werden viele Kommunen in den nächsten Jahren erhebliche Defizite einfahren. Durch

55

1744 den Saarland-Pakt wurden die Kommunen bereits stark entlastet, dennoch werden weitere
1745 Hilfen gebraucht. Zwar hat der Bund sich einer direkten Hilfe bei den kommunalen Altlasten
1746 verweigert, dennoch werden durch den Bund seit 2021 75% anstatt 25% der Kosten der
1747 Unterkunft (KdU) übernommen. Eine wesentliche finanzielle Entlastung ist bei den Städten
1748 und Gemeinden hierdurch bisher jedoch nicht eingetreten.

1749

1750 Die Kreisumlage bspw. im Landkreis Neunkirchen hat sich von 2020 auf 2021 unwesentlich
1751 geändert, trotz der 75%-igen Übernahme der KdU durch den Bund. **Die Landkreise und der**
1752 **Regionalverband Saarbrücken sind nun angehalten, auch eigene Einsparpotenziale zu**
1753 **ergreifen.** Die Gemeindeverbände unterliegen keiner Finanzkontrolle und können in ihren
1754 Zuständigkeitsbereichen frei agieren. Die Schaffung einer Vielzahl von neuen Stellen ist im
1755 Zuge der Digitalisierung der Verwaltung nicht mehr erklärbar und bedarf einer **strengen**
1756 **Kontrolle durch die Kommunalaufsicht.** Auch die Ausgaben bei den Landkreisen müssen
1757 stärker reglementiert werden, damit durch die Kreisumlage die Kommunen nicht zu sehr
1758 belastet werden.

1759

1760 **d. Konjunktur-Paket Tourismus**

1761 Im Herzen unserer Städte und Gemeinden schlummern (nah)erholungstouristische Ziele,
1762 die auf ihre Erkundung warten. Kommunen sollten wie bereits zuvor erläutert bei der **För-**
1763 **derung lokaler Tourismuskonzepte** unterstützt werden. Wir fordern daher konkret die
1764 **Schaffung und Bewerbung der Stelle eines Ansprechpartners bei der Landesregierung,**
1765 **an den sich unsere Städte und Gemeinden für die Umsetzung touristischer Projekte**
1766 **wenden können.** Diese Stelle soll beim Beantragen und Abrufen von Landes-, Bundes und
1767 EU-Fördermitteln helfen, sowie eine bessere Vernetzung innerhalb der Kommunen und aller
1768 Beteiligten am saarländischen Tourismus herstellen. Somit können wir den aktuellen Fli-
1769 ckentepich der 52 Städte und Gemeinden, der an den jeweiligen Gemeinde- und Stadt-
1770 grenzen endet, aufbrechen und einen saarländischen Tourismus mit hohem Potential aus
1771 einem Guss gewährleisten.

1772

1773 **e. Ausbau des Angebotes an Kindertagesstätten**

1774 Die Junge Union Saar fordert die saarländische Landesregierung und die Bundesregierung
1775 dazu auf, die **Fördermittel für Investitionen in Kindertagesstätten aufzustocken.** Ein

56

1776 umfangreiches Angebot an Betreuungsplätzen vor Ort für Kinder von der Geburt an bis zu
1777 deren Schuleintritt ist ein wichtiger Bildungs- und Wirtschaftsfaktor. Der Besuch der Be-
1778 treuungseinrichtungen steigert einerseits das Kompetenzniveau benachteiligter Kinder und
1779 schafft andererseits die Voraussetzungen, damit (alleinerziehende) Eltern am Arbeitsmarkt
1780 partizipieren bzw. ihre Arbeitszeit aufstocken können.

1781

1782 f. Wandel einläuten bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für die 1783 Feuerwehren

1784 Das Land steht als Gesetzgeber in der Verantwortung, in den kommenden Jahren das **ge-**
1785 **meindeübergreifende Zusammenarbeiten der Feuerwehren zu ermöglichen und noch**
1786 **stärker zu fördern.** Entsprechende Rahmenbedingungen müssen endlich geschaffen wer-
1787 den. Regelungen zu Kooperationen sind bereits vorhanden, doch bei der Aufstellung, Aus-
1788 stattung und Unterhaltung der Feuerwehren bedarf es für die Gemeinden präziseren Rege-
1789 lungen und Ausformulierungen. Gerade der Ausstattungsbereich kann durch eine einheitli-
1790 che Ausrüstung mit Hilfe von gemeinsamer Beschaffung kostengünstiger und wirtschaftli-
1791 cher gestaltet werden. Die derzeitige Lage lässt individuelle Anschaffungen gewähren und
1792 jede Gemeinde agiert daher auf dem Beschaffungsmarkt zur Ausstattung der Feuerwehren
1793 für sich. Hier gilt es einen Wandel einzuläuten.

1794

1795 2. Ehrenamt und Sport

1796 a. Maßnahmen gegen das Vereinssterben

1797 Eine landes- oder sogar bundesweite Problematik ist das „Vereinssterben“. Die Vereine ha-
1798 ben schlicht ein Nachwuchsproblem. Vereinsmitgliedschaften müssen für Kinder und Ju-
1799 gendliche, aber auch für ihre Eltern, wieder attraktiv gemacht werden. Hierbei müssen das
1800 Land und die Kommune die **Vereine durch Zuschüsse und Werbungsangebote in öffent-**
1801 **lich zugänglicher Weise unterstützen.** Weiterhin sollte Vereinen die Möglichkeit einge-
1802 räumt werden auf städtischen Veranstaltungen Angebote machen zu dürfen, ohne selbst
1803 viel Aufwand damit zu haben. Hohe Standgebühren, bei Jahrmärkten beispielsweise, sind
1804 hier alles andere als hilfreich.

1805

1806 Um die Mitglieder auch während und nach der Pandemie in den Vereinen zu halten und ggf.
1807 sogar neue Mitglieder dazu zu gewinnen, sprechen wir uns dafür aus, dass

57

1808 **Mitgliedsbeiträge an gemeinnützige Vereine in den kommenden Jahren als Sonderaus-**
1809 **gaben von der Steuer abgesetzt werden können.** Auf diese Weise wird eine Mitgliedschaft
1810 attraktiver und hilft den Vereinen so, einen Teil der coronabedingt ausgefallenen Einnah-
1811 men wieder wettzumachen. Die Junge Union Saar fordert die saarländische Landesregierung
1812 daher auf, zeitnah eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.

1813

1814 **b. Förderung von eSport in Vereinen**

1815 Um den seit Jahren rückläufigen Mitgliederzahlen in Sportvereinen entgegenzuwirken, ist
1816 die Betrachtung einer besonderen Entwicklung in der Freizeitgestaltung zu beachten: viele
1817 Hobbys werden inzwischen (bereits vor der Corona-Pandemie zu beobachten) von zu Hause
1818 ausgeübt. Dazu zählt insbesondere der eSport, der eine große Chance für die Vereine ist und
1819 sein kann. Die Junge Union Saar wirbt für die **Gründung von eSport-Abteilungen und for-**
1820 **dert dazu auf, diese durch Anreize zu fördern.** Ziel ist das Bauen von Brücken - so werden
1821 eSport-Fans zur Vereinsaktivität motiviert, wodurch gleichzeitig der Zugang zu klassischen
1822 Sportarten und dem sozialen Vereinsleben vereinfacht wird.

1823

1824 **c. Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen**

1825 Neben der vom Ministerium für Bildung und Kultur geförderten Initiative „Kooperationen
1826 zwischen Schulen und Vereinen“ fordern wir die **Übernahme der Kosten für sogenannte**
1827 **„Sportmentoren“** an Schulen. Ziel ist es Schüler, die bereits in Vereinen aktiv sind, Verant-
1828 wortung übernehmen zu lassen. Dadurch sollen die Schüler frühzeitig an die Aufgabenbe-
1829 reiche eines Trainers herangeführt werden und ihre Expertise in Form von Sport-AGs und
1830 der Organisation von Wettkämpfen an der Schule mit einbringen können. Daraus ergibt sich
1831 eine Win-Win-Situation für beide Seiten: Schulen binden ihre Schüler aktiv in den Schulsport
1832 mit ein und füllen so eventuell bestehende Kompetenzlücken in bestimmten Sportarten.
1833 Außerdem werden durch die Förderung bestimmter Sportarten an Schulen ggf. versteckte
1834 Talente entdeckt, die dann wiederum von den Sportmentee in die Vereine gebracht werden
1835 können.

1836

1837 **d. Förderung des Blaulicht-Ehrenamtes in den Kommunen**

1838 Die Hilfsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in unserem Land. Aufgrund des demografi-
1839 schen Wandels wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich ehrenamtlich u.a.

58

1840 in der Feuerwehr engagieren. **Um das Blaulicht-Ehrenamt zu stärken, müssen Anreize ge-**
1841 **schaffen werden.** Gelungenes Beispiel ist der **freie Eintritt in kommunale Schwimmbäder**
1842 **für die Feuerwehrleute** in einigen Kommunen. Dies sollte flächendeckend ermöglicht und
1843 seitens der Landesregierung unterstützt werden. Neben der Anerkennung für die Arbeit als
1844 ehrenamtliche Helfer wird so auch die kostenlose Möglichkeit der körperlichen Ertüchti-
1845 gung für die Einsatzkräfte geschaffen.